

Münster für alle: Sozial und gerecht in die Zukunft

Kommunalwahlprogramm 2014

Unsere Erfolgsbilanz: Fünf Jahre Politik für soziale Gerechtigkeit in Münster

Die Kommunalwahlen 2009 haben zum ersten Mal dafür gesorgt, dass im Rat der Stadt Münster nicht mehr eine feste Parteienkonstellation eine Koalition gebildet hat. Wir haben in den sich daraus ergebenden wechselnden Mehrheiten im Rat stets eine große Chance gesehen – die Kraft des besseren Arguments und der überzeugenden Inhalte hat dazu geführt, dass wir in den vergangenen Jahren die Kommunalpolitik in Münster ganz wesentlich prägen konnten. Wir haben unsere Wahlversprechen gehalten und uns im Rat zu jedem Zeitpunkt an der Sache und an dem orientiert, was wir vor der letzten Wahl in unserem Programm zugesagt haben. Als einzige Fraktion haben wir für alle fünf Haushalte der zurückliegenden Wahlperiode die politische Mitverantwortung übernommen.

Heute steht Münster deutlich besser da als vor fünf Jahren – Münster ist sozialer, gerechter, innovativer und finanziell wieder deutlich stabiler geworden. Auf diesen Erfolg sind wir stolz. Wir haben für alle eine Menge erreichen können:

- Bereits Anfang 2010 haben wir nach über zehn Jahren den Münster-Pass wieder einführen können. Er gewährleistet allen Bezieherinnen und Beziehern von sozialen Leistungen Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und Leistungen: Das Busfahren und der Zugang zu städtischen Sport-, Kultur- und Bildungsmöglichkeiten ist damit zum halben Preis möglich. Damit sichern wir auch für alle Menschen mit wenig Geld Mobilität, die Zugangsmöglichkeit zu allen städtischen Angeboten und damit gesellschaftliche Teilhabe.
- Wir haben in Münster mit der Einführung der „GoCard“ ein weiteres Wahlversprechen gehalten. Damit gibt es jetzt in Münster ein günstiges Ticket für alle Schülerinnen und Schüler – sowohl für den Schulweg als auch für die Freizeit.
- Wir haben Bewegung in Münsters Schullandschaft gebracht und dabei insbesondere längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Mit der Gründung der ersten kommunalen Gesamtschule haben wir dabei ein Projekt realisieren können, das nach mehr als zwanzig Jahren und vielen vergeblichen Anläufen endlich ein kommunales Schulangebot schafft, das für alle Schülerinnen und Schüler offen steht. Mit der Gründung der Sekundarschule in Roxel und dem Modellversuch „Primus“ in Berg Fidel (eine gemeinsame Schule für alle von der ersten bis zur zehnten Klasse) haben wir für wichtige bildungspolitische Innovationen gesorgt.
- Wir haben mit dafür gesorgt, dass die Stadt Münster im Jahr 2009 die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf kommunaler Ebene“ unterzeichnet hat. Wir werden uns auch in Zukunft in allen Gremien für die Ziele der Charta einsetzen und fühlen uns ihnen verpflichtet.
- Wir haben in der Kita-Betreuung nicht nur dafür gesorgt, dass Münster heute für unter dreijährige Kinder bald die höchste Quote an Betreuungsangeboten von allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen hat, sondern haben damit auch einen wichtigen Beitrag für echte Wahlfreiheit der Eltern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet.
- Wir haben die Hürden beim Zugang zu Bildungsangeboten für Kinder niedriger gelegt, indem wir in Münster allen Familien mit einem Einkommen von unter 37.000 Euro den kostenlosen Besuch der Kita für ihr Kind ermöglicht haben. Darüber hinaus haben wir in



der Landespolitik ein beitragsfreies Kita-Jahr für alle umgesetzt.

- Wir haben mit der Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten ein wichtiges Bildungsangebot in Münster gegen alle Bestrebungen anderer Fraktionen, es aufzugeben, erhalten und stehen auch weiter fest zu diesem Angebot.
- Wir haben die ungerechten Kürzungen der abgewählten schwarz-gelben Ratsmehrheit zurückgenommen, wie wir es zugesagt haben: Dozentinnen und Dozenten an der Volkshochschule und Erzieherinnen und Erzieher werden wieder angemessen bezahlt: Fairer Lohn für gute Arbeit gilt auch bei der Stadt Münster wieder.
- Wir haben ein Maßnahmenprogramm gegen Kinderarmut mit einem Umfang von mehreren hunderttausend Euro aufgelegt, mit dem wir kein Kind mehr zurücklassen wollen. Die wirtschaftliche Lage von Eltern darf nicht über die Lebenschancen entscheiden. Deswegen haben wir auch die Schulsozialarbeit zur Unterstützung von Schulen und Familien deutlich ausgebaut.
- Wir haben Ernst gemacht mit der Sanierung und Instandsetzung städtischer Einrichtungen: Wir haben mit mehreren Millionen Euro zusätzlich die Sanierung von Schulen vorangebracht, neue Kitas gebaut, und wir haben nach Jahrzehnten mit der grundlegenden Sanierung des Preußenstadions begonnen.
- Wir hatten bei der Kommunalwahl 2009 eine Initiative für neuen Wohnraum angekündigt. Wir haben Wort gehalten: Seit 2009 sind in Münster über 6.300 neue Wohnungen entstanden.
- Wir haben die Energiewende auch in Münster vorangebracht. Mit dem wegweisenden Ratsbeschluss, dass Münster bis 2020 atomstromfrei werden soll, haben wir mit dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien auch in unserer Stadt begonnen. Gleichzeitig haben wir ein Klimaschutzkonzept auf den Weg gebracht und in diesem Zusammenhang auch dafür gesorgt, dass die kommunalen Fördermittel für die Altbausanierung wieder deutlich aufgestockt wurden.
- Wir haben alle notwendigen Schritte eingeleitet, damit an der Stelle des von Schwarz-Gelb abgerissenen Südbads ein neues Schwimmbad entstehen kann. Wir erwarten, dass wir in Kürze auch hier die notwendigen Entscheidungen treffen können, um das Schwimmen und Baden in Münster deutlich zu verbessern.
- Wir haben Beteiligungs- und Mitspracherechte deutlich verbessert. Wir haben bei strittigen Themen der Stadtentwicklung beispielsweise mit dem von uns durchgesetzten „Hafenforum“ dafür gesorgt, dass alle ihre Interessen und Meinungen aktiv in die Planungsprozesse einbringen konnten – das haben wir mitunter auch gegen erhebliche Widerstände erreicht.
- Wir haben für eine grundlegende Sanierung der städtischen Finanzen gesorgt. Während 2009 das strukturelle Defizit im städtischen Haushalt noch rund 50 Millionen Euro betrug (trotz der unsozialen Kürzungen der abgewählten schwarz-gelben Ratsmehrheit), ist es uns gelungen, im Haushaltsplanentwurf für 2014 nicht nur einen Überschuss auszuweisen, sondern auch nachhaltig in die Schuldentilgung einzusteigen. Während sich unter CDU-Regierung von 2000 bis 2009 die Schulden der Stadt noch von knapp 400 auf über 750 Millionen Euro fast verdoppelt haben, beginnen wir 2014 mit der Rückzahlung von Krediten.

Wir haben seriös gewirtschaftet: Münster steht heute besser da als vor fünf Jahren. Mit einem soliden Mix an Aufgabenkritik, Ausgabekürzungen und Einnahmeverbesserungen haben wir den städtischen Haushalt auf Sanierungskurs gebracht, und damit haben wir Spielräume geschaffen, die wir nutzen konnten, um Münster sozialer und gerechter zu machen. Auf diesem



Weg lohnt es sich weiterzugehen. Dafür treten wir an – mit einer guten Arbeitsbilanz und guten Ideen für die Zukunft.

Münster für alle.

Wir wollen, dass Münster eine soziale und gerechte Stadt ist, die für alle Menschen lebenswert ist und ein hohes Maß an Lebensqualität ermöglicht. Im Vergleich zu anderen Städten in Nordrhein-Westfalen geht es Münster sehr gut – wir haben eine geringere Arbeitslosigkeit, mehr Bildungs- und Freizeitangebote und mehr finanzielle Handlungsspielräume als andere vergleichbare Städte. In Münster lässt es sich gut leben. Wir wollen, dass das für alle Menschen in unserer Stadt gilt. Deswegen wollen wir mit unserer Politik dafür sorgen, dass alle, die auf Hilfen angewiesen sind, diese auch erhalten, und wir wollen, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden: Wohnen muss bezahlbar bleiben, Bildungsangebote müssen verbessert werden und das Netz der Unterstützung in sozialen Notlagen muss dichter werden. Mit unserer Politik wollen wir ein soziales und lebenswertes Münster – in allen Lebenslagen, von Anfang an.

Folgende Forderungen stellen wir daher in den Mittelpunkt für die nächsten sechs Jahre bis 2020:

- Münster braucht mehr bezahlbare Wohnungen, vor allem in der Innenstadt.
- Münsters Schulen brauchen ein 60-Millionen-Euro-Investitionspaket für bessere Lernbedingungen.
- Münsters Sport braucht bessere Bäder und ein 20-Millionen-Euro-Investitions- und Sanierungspaket für Sportanlagen.
- Die Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir durch eine Arbeitsplatz schaffende, aktive Strukturpolitik und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor wirkungsvoller bekämpfen.
- Münster soll bis 2020 atomstromfrei sein.
- Münsters Haushalt soll bis 2020 ohne Defizit auskommen, die Schuldentilgung soll jedes Jahr vorangehen.
- Münsters Familien brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an KiTa-Plätzen und Ganztagesbetreuung in den Schulen – dafür setzen wir uns ein.

Die Grundlage erfolgreicher Politik für Münster: Solide Finanzen sind eine wichtige Vorsorge für die Zukunft

Finanzpolitik ist für uns kein Selbstzweck – aber solide Finanzen sind die Grundlage dafür, auch in Zukunft Gestaltungsmöglichkeiten zu haben und dafür sorgen zu können, dass Münster sozial und gerecht wird. Eine übermäßige Verschuldung schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten heute und für die Zukunft nachhaltig ein. Deswegen wollen wir auf unserem Weg der Sanierung des städtischen Haushalts weitergehen, damit Münster auch in Zukunft sozial, gerecht und lebenswert bleibt.

Wir werden daher weiter mit Augenmaß und sozialer Ausgewogenheit die Sanierung des Haushalts vorantreiben. Wir wollen am Ende der Wahlperiode des Rates, im Jahr 2020, einen dauerhaft und strukturell ausgeglichenen Haushalt erreicht haben. Dazu sind noch weitere Anstrengungen erforderlich. Auch weiterhin müssen städtische Ausgaben und Aufgaben kritisch überprüft werden, ob sie noch notwendig sind und inwieweit sie wirtschaftlicher erfolgen können. Insbesondere im Bereich der städtischen Beteiligungen und bei der Verwaltungsreform sehen wir noch erhebliche Potenziale, ohne Einschränkungen im Service städtische Aufgaben wirtschaftlicher wahrnehmen zu können. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass auch in der Kommunalpolitik gilt: Starke Schultern können mehr tragen als schwache.



Deswegen wird auch in Zukunft eine Haushaltskonsolidierung nur möglich sein, wenn die Ausgabe- und die Einnahmeseite angemessen berücksichtigt werden. Der in der letzten Wahlperiode eingeschlagene Weg, über moderate Einnahmeverbesserungen und über sozial verantwortliche Einsparungen zum Ziel zu kommen, hat sich schon jetzt als erfolgreicher erwiesen als der frühere Weg einer schwarz-gelben Mehrheit, über harte Kürzungen im Sozialbereich eine Konsolidierung des Haushalts zu erreichen. Wir wollen diesen Weg daher konsequent fortsetzen. Unser Ziel ist es, den Haushalt ausgeglichen zu gestalten und bis zum Jahre 2020 auch den hohen Schuldenstand Münsters deutlich reduziert zu haben. 2014 zahlt Münster wieder Schulden zurück – diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Die ersparten Zinsbelastungen werden uns neue Spielräume geben, um konsequent soziale und gerechte Politik in Münster umzusetzen.

Konkret haben für uns folgende Ansätze bei der städtischen Finanzpolitik grundlegende Bedeutung:

- Der städtische Haushalt soll am Ende der Wahlperiode, im Jahr 2020, strukturell ausgeglichen sein und nachhaltig ohne Defizit auskommen. Die Schuldentilgung kann und soll sofort beginnen.
- Wir wollen die städtische Immobilien- und Liegenschaftsverwaltung in einen Bau- und Liegenschaftsbetrieb überführen, der ausschließlich der Stadt Münster gehören soll. Durch die konsequente Umsetzung des Miet-/Vermietungsmodells wollen wir Anreize schaffen, Büroflächen effizienter zu nutzen, nicht benötigte Gebäude aufzugeben und dadurch Spielräume für Neuinvestitionen vor allem im Bildungsbereich zu schaffen. Dadurch, dass die Stadt konsequent Grundstücke für Bauflächen erwirbt, entwickelt und vermarktet, wollen wir die Spekulation mit Wohnbauflächen einschränken und zu günstigeren Mietpreisen in Münster kommen.
- Alle städtischen Gesellschaften bleiben auch in Zukunft in städtischem Besitz, eine Privatisierung ist mit uns ausgeschlossen. Für ihre Tätigkeit brauchen die städtischen Gesellschaften eine ausreichende Eigenkapitalausstattung. Wo dies nicht mehr der Fall sein sollte, werden wir mit entsprechenden Hilfen aus dem Haushalt für eine volle Handlungsfähigkeit der Gesellschaften sorgen. Das gilt insbesondere für die Wohn- und Stadtbau und die Stadtwerke, um die Ziele der Schaffung neuer bezahlbarer Wohnungen und der Energiewende in Münster voranzubringen.
- Einnahmeverbesserungen müssen das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache, stets angemessen berücksichtigen. Das gilt auch für die städtische Steuerpolitik.
- Wir werden die städtischen Beteiligungen auch in ihrer Struktur kritisch überprüfen. Eine weitere Belastung der Stadtwerke durch die Beteiligung am Flughafen Münster-Osnabrück muss durch entsprechende Veränderungen der Beteiligungsverhältnisse ausgeschlossen werden.
- Höhere Wirtschaftlichkeit und effizientere und kostengünstigere Wahrnehmung von Aufgaben ist zentrales Ziel unserer Politik. Dabei werden wir bestehende Strukturen sowohl in der Verwaltung als auch bei den städtischen Gesellschaften weiter darauf überprüfen, inwieweit durch Organisationsverbesserungen diese Ziele erreicht werden können. Dabei sind betriebsbedingte Kündigungen ebenso tabu wie Einsparungen, die nur durch Gehaltssenkungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erzielt werden.
- Tariftreue und eine Entlohnung nach dem Prinzip gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit sind Verpflichtung bei Leistungen, die die Stadt selbst erbringt, und bei denen, die sie ausschreibt und an Dritte vergibt. Bestehende Unterschiede bei der Ver-



gütung der Arbeit von Frauen und Männern werden wir beseitigen. Sparmaßnahmen zu Lasten dieser Prinzipien schließen wir aus.

- Pauschale Kürzungen von Zuschüssen der Stadt oder von Personalstellen sind keine wirksamen Methoden der Haushaltskonsolidierung. Oft sorgen wenige tausend Euro weniger Zuschuss für das Ende eines wichtigen Angebots, ohne dass damit das Haushaltsproblem gelöst wäre.
- Wir werden das Gender-Budgeting vorantrieben und damit eine geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung und –ausführung erreichen. Eine zentrale Koordinationsstelle soll dafür Sorge tragen, dass alle Ämter und Einrichtungen der Stadt das Gender-Budgeting umsetzen und die Ergebnisse auswerten. Ziel dieser Methode soll es sein, die Wirkung einzelner Maßnahmen im Haushalt in ihrer Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit einschätzen zu können.

Wir werden auch in Zukunft alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um eine dauerhafte Konsolidierung der städtischen Finanzen zu erreichen. Wir werden dabei aber nicht zulassen, dass städtische Infrastruktur dauerhaft abgebaut oder dass das soziale Netz unserer Stadt dünner wird. Wir werden die Aufgabe des Haushaltsausgleichs und der Schuldentilgung in der kommenden Wahlperiode konsequent angehen. Wir wissen dabei aber auch, dass wir stark von äußeren Faktoren abhängig sind. Wir fordern daher von Bund und Land,

- ein Bundesteilhabegeld einzuführen. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt leben können. Dies können nicht allein die Kommunen garantieren – hier ist eine nachhaltige Beteiligung des Bundes gefordert.
- eine substantielle und nachhaltige Beteiligung an den Kosten der Grundsicherung und der Unterkunftskosten für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II.
- die Fortsetzung der kommunalfreundlichen Politik unserer Landesregierung, die mit erheblich höheren Zuschüssen für die Kommunen auch einen Beitrag geleistet hat, dass sich die Haushaltssituation in Münster entspannt hat.
- die Beachtung des Prinzips der Konnexität: Wenn Bund und Land neue Leistungen beschließen oder bestehende Leistungen ausweiten, dann darf deren Finanzierung nicht allein den Kommunen aufgebürdet werden, sondern Bund und Land müssen auch die Kosten tragen.

Die städtische Finanzpolitik soll für alle transparent und nachvollziehbar sein. Wir wollen alle aktiv an der Haushaltspolitik beteiligen. Wir lehnen daher gescheiterte Schein-Beteiligungen wie das Projekt „Bürgerhaushalt“ ab und werden es nicht mehr fortführen. Wir werden es ersetzen durch eine Plattform, auf der nicht nur die Eckpunkte des Haushalts nachvollzogen, sondern auch eigene Anregungen direkt abgegeben werden können und die es allen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, sich zu beteiligen. Darüber hinaus werden wir in den Stadtbezirken offene Zukunftswerkstätten und regelmäßige Foren etablieren, in denen regelmäßig Ideen und Denkanstöße gesammelt werden. Entscheidend dabei ist, dass alle jederzeit auch nachvollziehen können, wie der aktuelle Bearbeitungsstand ist und was aus ihrer Idee geworden ist.

Alle unsere Forderungen sind solide gerechnet und wir haben konkrete Finanzierungsideen für alle Projekte, die wir in unserem Programm vorschlagen. Dabei gehen wir von den heute vorliegenden Prognosen für die Haushaltsentwicklung in den nächsten Jahren aus. Wir können nicht ausschließen, dass sich deutliche Verbesserungen oder Verschlechterungen ergeben – durch Entscheidungen anderer politischer Ebenen oder durch eine Veränderung der konjunkturellen Lage. Wir gehen dennoch davon aus, dass wir alle unsere Vorschläge auch realisieren können, und wir haben vorsichtig gerechnet.



Die beste Förderung von Beginn an

In der Politik für Kinder und Familien in Münster werden wir uns an zwei klaren Zielen orientieren: Chancengleichheit garantieren und Benachteiligungen ausgleichen. Und wir leisten vollen Einsatz für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir garantieren dafür, dass alle vom Tag der Geburt an die besten Angebote und Unterstützungen erhalten. Mit einer vorsorgenden Politik, die kein Kind zurücklässt, sorgen wir dafür, dass Benachteiligungen so frühzeitig erkannt und ausgeglichen werden, dass alle ein selbstbestimmtes Leben führen können und optimal gefördert werden.

Chancengleichheit von Anfang an – Hilfen für Familien

Wir sind froh über das städtische Programm der „Familienhebamme“, das Neugeborene und ihre Familien direkt nach der Geburt begleitet und so mit Rat und Tat zur Seite steht. So sind die städtischen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vom ersten Tag an bekannt und niemand steht mit seinen Fragen und Sorgen allein da. Dieses Programm wollen wir weiter stärken und dabei insbesondere die Belange Alleinerziehender stark berücksichtigen und Hilfen ausbauen.

In den vergangenen Jahren haben wir im Rat einen rasanten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren mitverantwortet, so dass Münster heute bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz gut da steht. Wir wollen garantieren, dass jedes Kind, das einen Platz braucht, auch in Wohnortnähe einen erhält. Zugleich wollen wir aber auch den dringend nötigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Wer in Münster einen Kita- oder einen anderen Betreuungsplatz für das eigene Kind sucht, soll nicht lange auf Wartelisten stehen, sondern schnellst möglich einen Platz für das Kind finden. Und wir wollen mehr Transparenz bei der Kita-Platz-Suche erreichen. Das beinhaltet auch ein Online-Angebot für die Suche nach freien Plätzen. Zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen auch flexiblere Betreuungszeiten bei. Diese wollen wir gerade in den Randzeiten stärker der Nachfrage der Familien anpassen. Unser Ziel ist es, kurzfristig in jedem Stadtbezirk eine KiTa mit Öffnungszeiten von sechs bis zwanzig Uhr zu etablieren. Darüber hinaus möchten wir alle KiTas bestmöglich unterstützen, die sich auf den Weg zu bedarfsgerechten Öffnungszeiten machen.

Die beste Bildung von Anfang an: Qualität in den Kitas

In Münster werden mehr Kinder geboren als im Landesschnitt. Der Ausbau des Kita-Angebots geht daher weiter. Wir wollen neben dem quantitativen Ausbau aber auch noch stärker die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder in den Blick nehmen. Dazu zählt für uns eine bestmögliche Unterstützung für Tagespflegepersonen und alle Kindertageseinrichtungen in Münster – egal in welcher Trägerschaft sie sich befinden. Neben kontinuierlichen Fortbildungs- und Qualifizierungsangeboten setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen in den Bereichen Tagespflege und Kindertageseinrichtungen/KiTs und für verlässliche Standards in diesen Bereichen ein. Bei den immensen Energien, die die Stadt in den Ausbau der Angebote für die Unter-Dreijährigen steckt, dürfen selbstverständlich auch die Angebote für die größeren Kleinen nicht aus dem Blick geraten. Auch bei der Ü3-Betreuung wollen wir die Angebote den Bedarfen anpassen. Für den Übergang von der Kita in die Schule können wir uns zudem die Entwicklung innovativer Konzepte und Programme im Rahmen eines Modellprojekts vorstellen. Ziel dieser Konzepte muss die Chancengleichheit bei den Übergängen in das Schulsystem sein. Ein zentraler Baustein dabei soll die Sprachförderung sein.



Kitas sind Orte frühkindlicher Bildung. Es ist daher wie bei allen Bildungsangeboten entscheidend, dass es keine Zugangsbarrieren gibt. Wir haben in der vergangenen Ratsperiode den Einstieg in den beitragsfreien Kita-Besuch geschafft. Familien mit einem Jahreseinkommen unter 37.000 Euro zahlen in Münster keine Kita-Beiträge mehr. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung. Allein als Kommune können wir dieses Ziel jedoch nicht erfüllen. Hier sind auch Land und Bund finanziell in der Verantwortung. Wir garantieren, dass der Kita-Besuch eines Kindes in Münster nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern wird.

Kampf gegen Kinderarmut fortsetzen

Daher wollen wir Kinderarmut in Münster weiter bekämpfen. Wir haben hierzu bereits ein Präventionsprogramm in Höhe von 250.000 Euro aufgelegt. Dieses wollen wir fortschreiben und weiter ausbauen. Der Kampf gegen Kinderarmut ist eines unserer zentralen familienpolitischen Anliegen. Eltern sollen jede notwendige Unterstützung bekommen, die ihnen hilft, die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu tragen und ihr gerecht zu werden. Dazu zählen für uns unter anderem niedrigschwellige Bildungsangebote, Gesundheitsberatung und –erziehung sowie Hilfen bei der Förderung der sozialen und emotionalen Entwicklung eines Kindes. Wir setzen auf eine fallbezogene, individuelle Jugendhilfearbeit mit festen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für die Familien. Dabei sollen die Angebote der verschiedenen städtischen Einrichtungen und freien Träger noch stärker Hand in Hand arbeiten. Eine bessere Zusammenarbeit von Kommunalem Sozialen Dienst, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit betrachten wir als zentrale Aufgabe. Wir wollen auch bei diesen Angeboten auf die individuellen Bedürfnisse von Mädchen, Jungen, Familien mit und ohne Migrationsvorgeschichte optimal eingehen können. Dazu wollen wir die Möglichkeiten des neu gegründeten Kommunalen Integrationszentrums mit seinem Schwerpunkt bei der pädagogischen Arbeit intensiv nutzen.

Bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist uns die Trägervielfalt sowie die thematische Breite der Angebote der Freizeitgestaltung, der Kultur, des Sports bis hin zu jugendspezifischen Beratungsangeboten, die die individuelle Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen unterstützen, wichtig. Angebote müssen sowohl den Interessen und Bedarfen von Mädchen und Jungen als auch von Kindern mit und ohne Migrationsvorgeschichte gerecht werden. Darüber hinaus unterstützen wir Projekte für geschlechtersensibilisierende Arbeit.

Unsere Schulpolitik: Orientiert an Schülerinnen, Schülern und Eltern

In den vergangenen fünf Jahren hat sich Münsters Schullandschaft auch durch unsere Politik im Rat stärker verändert als jemals zuvor. Münster hat endlich die städtische Gesamtschule, auf die Schülerinnen, Schüler und Eltern viel zu lange warten mussten. Die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulformen sind größer geworden und bieten so jeder Schülerin und jedem Schüler die für sie und ihn besten Bildungsmöglichkeiten. Anders als vielerorts führen wir in Münster keine Schulschließungsdebatten. Das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ ist für die allermeisten Schülerinnen und Schüler verwirklicht. Mit der neuen Sekundarschule in Roxel und dem Start des Schulversuchs Primus gibt es neben der Gesamtschule Münster-Mitte weitere Angebote, die längeres gemeinsames Lernen in Münster ermöglichen. Dass sich so bessere und gerechtere Bildungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler bieten, belegen viele Schulvergleichsstudien. Die Veränderung von Münsters Schullandschaft trägt aber auch klar dem Anmeldeverhalten und den von Schülerinnen, Schülern und Eltern deutlich artikulierten Wünschen nach einem vielfältigen Schulangebot mit optimalen individuellen Fördermöglichkeiten Rechnung. Die Wünsche von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern werden auch weiterhin unsere Richtschnur für die Schulpolitik in Münster sein.



Neue Bildungsangebote in Münster – eine zweite kommunale Gesamtschule

Wir führen keine abstrakten oder ideologischen Debatten über Schulformen oder Schulstandorte. Unser Maßstab sind die Wünsche, Interessen und Bedarfe von Schülerinnen, Schülern und Eltern. An ihnen orientiert wollen wir auch zukünftig Münsters Schullandschaft bedarfsgerecht weiterentwickeln. Bei den Grundschulen wollen wir auch weiterhin ein wohnortnahes Schulangebot stadtweit garantieren. Neuen Schulformen bei den weiterführenden Schulen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Wenn die Nachfrage nach ihnen gegeben ist, und wenn sich Schulen auf den Weg für Veränderungen machen, werden wir sie mit allen Mitteln unterstützen. Wir wissen, dass in Münster die Nachfrage nach schulischen Angeboten, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, sehr groß ist. Wir haben daher bereits in der vergangenen Ratsperiode die Weichen für eine zweite städtische Gesamtschule gestellt. Wir wollen, dass sie zum Schuljahr 2015/16 im Ostviertel starten kann.

Ein 60-Millionen-Investitionspaket für bessere Lernbedingungen

Gute Bildung braucht gute Lernbedingungen. Lange Zeit haben sich in Münsters Schulen Sanierungsbedarfe angestaut. In den vergangenen fünf Jahren konnten zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Zustands an Münsters Schulen stattfinden. Wir wollen die nötigen Sanierungen an Münsters Schulen weiter fortsetzen. Trotz angespannter Haushaltslage werden wir hier weiter investieren. Die Schulen müssen so ausgestattet sein, dass Schülerinnen und Schüler die besten Lernbedingungen vorfinden. Finanzmittel, die im Zuge der Veränderung von Münsters Schullandschaft in den vergangenen Jahren zum Beispiel durch das Auslaufen von Schulen und Grundstücksveräußerungen frei geworden sind, haben wir im Schulbereich für Bildungsinvestitionen belassen. Von diesem Kurs werden wir auch künftig nicht abweichen. Im Haushalt müssen mehr Mittel für Schulen und Bildungsinvestitionen bereit stehen. Wir sehen insgesamt einen Investitionsbedarf von mindestens 60 Millionen Euro in den nächsten sechs Jahren. Dieses Geld wollen wir in die Sanierung von Schulgebäuden und die zweite städtische Gesamtschule investieren.

Beste Lernbedingungen für alle

Wir haben auf tiefe Einschnitte im Schul- und Bildungsbereich bei den vergangenen Konsolidierungsrunden verzichtet. Daran werden wir auch künftig bei unserer Haushaltspolitik festhalten. Für uns ist klar: An der Bildung wird nicht gespart. Neben den nötigen Sanierungsmaßnahmen in Münsters Schulen sehen wir zudem besonderen Bedarf bei der Verbesserung der Medienausstattung der Schulen. Hierzu wollen wir in der kommenden Ratsperiode ein Programm auflegen, das Münsters Schulen weiter zukunftsfähig macht. Darunter stellen wir uns ein Modellprojekt Laptopklassen, die Ausstattung aller Schulen mit WLAN sowie eine den Bedarfen der Schulen gerechte Neuausrichtung des Medienentwicklungsplans vor.

Wir wollen, um Benachteiligungen auszugleichen und allen die gleichen Chancen zu eröffnen, auch die Ausstattung der Schulen mit sozialpädagogischen Kräften und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern verbessern. Münster braucht endlich klare Kriterien und ein bedarfsgerechtes Konzept für die Zuweisung von Stellen der Schulsozialarbeit an allen Schulformen. Der Bedarf ist von Schule zu Schule unterschiedlich. Dies wollen wir zukünftig stärker berücksichtigen. Wir unterstützen zudem die Arbeit der Schulpsychologie. Sie muss so ausgestattet sein, dass sie die Nachfrage von Schülerinnen, Schülern, Schulen und Eltern tatsächlich bewältigen kann.



Wir wollen das Know-How der Hochschulen in der Wissenschaftsstadt Münster noch stärker für unsere Schulen nutzen. Die Schulen kooperieren in vielen Projekten mit den Hochschulen – das Spektrum reicht von den Forscherwerkstätten an Grundschulen bis hin zum Junior Studium an den weiterführenden Schulen. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen.

Ganztagsangebote ausbauen und verbessern

Wir wollen auch der steigenden Nachfrage nach Angeboten des Ganztags gerecht werden und das Ganztagesangebot noch besser am Bedarf der Eltern ausrichten. Neben dem quantitativen Ausbau der Angebote des Offenen Ganztags wollen wir einen Schwerpunkt bei der qualitativen Entwicklung der Angebote setzen. Den Ganztags verstehen wir als vielfältiges Bildungsangebot. Hierzu zählen für uns die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen sowie die Einbeziehung von Trägern der offenen Jugendarbeit. Diese wollen wir stärker als bisher in die Angebote des Offenen Ganztags einbeziehen. Wenn Schulen sich auf den Weg machen, Angebote im gebundenen Ganztags einzurichten, werden wir dies unterstützen.

Individuelle Förderung an den Schulen unterstützen

Zusätzlich zur Qualitätsoffensive im Ganztags wollen wir an allen Schulformen Angebote für internationale Qualifikationen und Abschlüsse machen, die allen Schülerinnen und Schülern gebührenfrei zur Verfügung stehen. Und wir wollen ein städtisches, flächendeckendes und alle Schulformen umfassendes Konzept für die Übergänge von der Schule in den Beruf, in Ausbildungen oder das Studium in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Hochschulen erarbeiten. Ausländische Schul- und Bildungsabschlüsse müssen zudem besser und einfacher anerkannt werden.

Die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen machen wir zudem zu einer zentralen Richtschnur bei der Gestaltung der städtischen Schul- und Bildungsangebote. Dabei berücksichtigen wir auch die unterschiedlichen Bedarfe von Mädchen und Jungen und Migrantinnen und Migranten. Münster ist eine Stadt der Bildung, aber dennoch ist die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss in Münster erschreckend hoch. Wir setzen uns das Ziel, diese Zahl deutlich und dauerhaft zu reduzieren und werden hierzu in der kommenden Ratsperiode besondere Anstrengungen unternehmen.

Wir verstehen Schulen nicht nur als Orte der Vermittlung von Lehrplanwissen, sondern auch als Orte, die Kinder und Jugendliche auf ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben vorbereiten. Dazu wollen wir in Münsters Schulen die nötigen Angebote machen. Angebote wie das Programm „Fit for life“ der Verbraucherberatungsstelle wollen wir künftig an allen Schulen und Schulformen anbieten. Bei der Gesundheitsförderung wollen wir ein stadtweites Konzept entwickeln, das insbesondere den Aspekt der gesunden Ernährung aufgreift. Gesundes Essen soll aber nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sondern auch tatsächlich in den Schulmensen auf die Teller kommen. Das werden wir durch verbindliche Qualitätsvorgaben sicherstellen.

Gleiche Chancen für alle – mit und ohne Behinderung

Inklusion, das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne besondere Förderbedarfe an allgemeinbildenden Schulen, wird eine der zentralen Zukunftsaufgaben bei der Entwicklung von Münsters Schullandschaft in den nächsten Jahren sein. Hierbei geht es darum, die Angebote in Münster den schulrechtlichen Anforderungen des Landes gerecht zu gestalten. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes wird diese Aufgabe für die Kommune allein nicht zu schaffen sein. Dennoch wollen wir hierbei auch in Münster in den kommenden Jahren weiter vorankommen. Dabei ist es uns wichtig, alle Beteiligten in die Planungen und



konzeptionellen Überlegungen einzubeziehen. Für ein Gelingen von Inklusion sind Jugendhilfe und das Gesundheitssystem wichtige Kooperationspartner für Schule. Ein konsequentes Zusammenwirken aller drei Systeme werden wir unterstützen. Zudem wollen wir, dass auch bei einer Veränderung der Förderschulangebote in Münster die derzeitige Angebotsqualität erhalten bleibt. Und wir nehmen den Wunsch der Schülerinnen, Schüler und Eltern nach Wahlmöglichkeiten bei den schulischen Angeboten ernst. Jedes Kind soll einen Platz an der Schule seiner Wahl erhalten. Unser Hauptkriterium ist die optimale Förderung jedes einzelnen Kindes.

Aktiv mitreden und mitgestalten

Wir wollen daher Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulen bei der städtischen Schulentwicklung durch eine städtische Bildungskonferenz stärken. Zudem wollen wir den Jugendrat in Münster stärker bei den wichtigen kommunalpolitischen Diskussionen zu Wort kommen lassen, die Jugendliche in unserer Stadt betreffen. Wir wollen das Profil des Jugendrats schärfen und seine Anregungen für unsere Politik aufgreifen, die Mitwirkungsmöglichkeiten in den städtischen Gremien stärken und so eine Mitsprache auf Augenhöhe ermöglichen. Dafür muss im Jugendamt auch die pädagogische Begleitung des Jugendrates personell sichergestellt sein. Ebenso laden wir die Bezirks-schülerinnen- und -schülervertretung zur Mitsprache bei städtischen Entscheidungen ein. Entscheidungen, die Schülerinnen, Schüler und Jugendliche in den unterschiedlichen Bereichen betreffen, wollen wir nicht über ihre Köpfe hinweg treffen. Aber auch darüber hinaus wollen wir niedrigschwellige und an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtete Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, die nicht nur die Mitsprache im Rahmen der Mitwirkungsrechte ermöglichen, sondern auch tatsächlich mitbestimmend für die Entscheidungen sind. Eine stärkere Beteiligung auch in den Stadtteilen ist uns wichtig wie z.B. die Ausweitung von Freizeitangeboten, die von Jugendlichen selbst gestaltet werden. Dadurch wollen wir einen möglichst großen Teil der Kinder und Jugendlichen erreichen, um so auch die bestehende unterschiedliche Verteilung von Beteiligungschancen abzumildern.

Münster als Hochschul- und Wissensstandort

Die Hochschulen in Münster prägen durch ihre Funktion als Arbeitgeberinnen und aufgrund der zahlreichen Studierenden das Bild der Stadt enorm. Die Attraktivität des Hochschulstandorts Münster besitzt überregionale und internationale Strahlkraft, die viele ausländische Studierende und Lehrende anzieht.

Münsters Wohnungsmarkt ist durch die Vielzahl an Studierenden vor besondere Herausforderungen gestellt. Bezahlbarer und innenstadtnaher Wohnraum muss für alle geschaffen werden, egal wie lange sie in Münster leben. Neue Wohnungsinitiativen müssen unterstützt werden. Alteingesessene und Neuzugezogene egal welcher Herkunft sollen unproblematisch den für sie passenden Wohnraum finden.

Studierende und Hochschulbeschäftigte wohnen über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Eine bessere Taktung der Buslinien stärkte ihre Möglichkeit, am Leben in den Innenstadt teilzuhaben.

Wir wollen die kulturelle Aktivität von Studierenden fördern und einen niedrigschwelligen Zugang zu den Kulturangeboten Münsters schaffen. Deswegen streben wir die Einführung eines Kultursemestertickets an. Außerdem setzen wir uns aktiv für die Attraktivität der Freizeitmöglichkeiten von jungen Leuten ein und werden weiterhin alternative Kulturzentren und Initiativen unterstützen.



Wir wollen den Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in unserer Stadt ausbauen und Synergieeffekte nutzen. Die Wissenschaft ist einer der Motoren des Wirtschaftsstandorts Münster. Für die Wirtschaft in Münster bieten die hervorragenden Ausbildungsbedingungen eine ausgezeichnete Grundlage. Wir wollen die Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen unterstützen, den Start ins Arbeitsleben in Münster zu machen und somit das Leben in unserer Stadt durch ihr vielfältiges Wissen zu bereichern.

Lebenslanges Lernen für alle

Bildungsangebote machen in Münster nicht nur die zahlreichen Schulen verschiedener Schulformen, sondern auch außerschulische Institutionen und Einrichtungen wie z.B. die Musikschulen. Wir sind froh über das reichhaltige Angebot, das die Westfälische Schule für Musik sowie die vier Stadtteilmusikschulen in Vereinsform sicherstellen. Diese Angebotsvielfalt wollen wir weiter erhalten. Wir wissen, dass die Angebote der Musikschulen nicht für alle Familien in Münster erschwinglich sind. Daher haben wir im Rat bereits für die Berücksichtigung des von uns wieder eingeführten Münster-Passes bei der Westfälischen Schule für Musik gesorgt. Dies gilt es nun auch bei den Angeboten der weiteren Musikschulen sicherzustellen.

Wir sind zudem stolz, dass es uns gelungen ist, in der zurückliegenden Ratsperiode mit der GoCard ein Schülerinnen- und Schülerticket in Münster zu etablieren, das Schülerinnen und Schülern einen sicheren Schulweg mit dem öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht, gleichzeitig aber auch die Mobilität junger Münsteranerinnen und Münsteraner in der Freizeit erhöht. Wir garantieren für die Beibehaltung dieses kostengünstigen Angebots und setzen uns das Ziel, das Angebot der GoCard in der kommenden Ratsperiode weiter auszubauen. Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, dass auch sich in der Ausbildung Befindende dieses Angebot kostengünstig nutzen können und zudem eine sinnvolle Erweiterung des Geltungsbereichs des Tickets ermöglichen.

Lernen endet nicht mit dem Abschluss der Schule, der Ausbildung oder des Studiums. Die zentrale städtische Weiterbildungsinstitution ist die Volkshochschule. Wir haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass auch sie als zentrale Bildungseinrichtung von Sparrunden verschont geblieben ist. Wir haben zudem die Weichen für eine moderne, zeitgemäße und den Ansprüchen der Weiterbildung angemessene innenstadtnahe Unterbringung der VHS gestellt. Hier gilt es nun die nötigen Entscheidungen zu treffen und schnell an die Realisierung zu gehen. Wir verfolgen weiterhin das Ziel, auch andere städtische Bildungseinrichtungen wie die Westfälische Schule für Musik und die Schulpsychologie im Rahmen sinnvoller Planungen gemeinsam mit der VHS in einem modernen Haus der Bildung unterzubringen, um so bessere Bedingungen für alle zu schaffen. Als Standort für ein solches Haus kommt für uns der Hörsterparkplatz in Frage. Wir haben zudem in der letzten Ratsperiode klar gemacht, dass die VHS für uns die Bildungsinstitution in Münster ist, die Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für alle Zielgruppen in der Stadt macht. Gerade die Entwicklung innovativer Qualifizierungsprojekte ist nach unserer Auffassung ein wichtiger Beitrag dazu. Wir werden die Angebotsvielfalt der VHS erhalten und ausbauen. Zu einer bewussten Entwicklung der Weiterbildungsangebote zählt für uns auch eine klare städtische Zielsteuerung. Diese wollen wir über die Einführung einer städtischen Weiterbildungsberichterstattung ermöglichen.

Wohnen in Münster: bezahlbar und attraktiv

In Münster herrscht Wohnungsnot. Die Lage auf dem freien Wohnungsmarkt in Münster ist dramatisch. Mieten und Grundstückspreise sind in den letzten Jahren so rasant gestiegen, dass viele Menschen keine bezahlbare Wohnung in Münster mehr finden. Es wird zwar gebaut, aber



fast nur für Reiche. Investoren benutzen Münster zur maximalen Profiterzielung, während Menschen mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, Alleinerziehende usw. zusehen, wie teure Stadtvillen wie Pilze aus dem Boden schießen. Menschen mit geringem und inzwischen auch zunehmend auch mittlerem Einkommen haben dem freien Wohnungsmarkt keine Chance, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Das wollen und müssen wir ändern. Wir wollen, dass jede und jeder in Münster eine Wohnung findet, die er oder sie bezahlen kann.

Städtische Möglichkeiten für bezahlbares Wohnen nutzen

Dabei gehen wir von folgenden Grundsätzen aus:

- Wir aktivieren die städtische Bodenvorratspolitik, damit ausreichend Bauland zur Versorgung der Nachfrage zur Verfügung steht. Dafür wird der Ankauf von späterem Bauland durch die Stadt wieder forciert. Um gleichzeitig flächenschonend vorzugehen, haben bei der Bauleitplanung urbanere Wohnformen Priorität.
- Wir sorgen für gemischte Quartiere. In neuen Wohngebieten gelten verbindliche Zielvorgaben für geförderten und preisgedämpften Wohnraum. Das stellen wir auch bei der Vergabe von Grundstücken sicher.
- Mit einer Milieuschutzsatzung und einer Zweckentfremdungssatzung nutzen wir die städtischen Instrumente, um Fehlentwicklungen wie Luxussanierungen oder strategische Leerstände einzudämmen und zu verhindern.
- Wir werden prüfen, wo geeignete Gewerbe- oder Büroflächen in Wohnungen umgewandelt werden können.
- Die großen Konversionsflächen (eh. York- und Oxford-Kasernen) werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu neuen, attraktiven und bezahlbaren im Stadtteil eingebetteten Quartieren entwickeln.

Wohnraum schaffen und Flächen schonen

Damit Münster auch angesichts des großen Drucks, neue Wohnungen zu schaffen, eine lebenswerte Stadt bleibt, in der es weiter viele Grün- und Erholungsflächen gibt, ist grundsätzlich die Innenentwicklung und das Recycling von Brachflächen gegenüber der Neuversiegelung zu bevorzugen. Wir wollen gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern einen neuen Münster-Konsens erarbeiten, in dem wir uns über die Fragen von Nachverdichtungen, urbanere Wohnformen und die Höhenentwicklung von Wohngebäuden neu verständigen. Angesichts der auch perspektivisch weiter wachsenden Bevölkerungszahlen in Münster werden wir aber nicht nur über Nachverdichtung neue Flächen für Wohnraum schaffen können. Wir sprechen uns daher auch für die Ausweisung neuer Baugebiete aus. Dabei haben wir nicht nur die Außenstadtteile im Blick, sondern vor allem auch Gebiete im Umfeld der großen Verkehrsachsen in unserer Stadt, die in die Stadtteile führen. Hier gibt es im Umfeld der Innenstadt noch Potenziale, wo entlang vorhandener Infrastruktur neue Wohnmöglichkeiten geschaffen werden können.

Im gewohnten Umfeld älter werden

Wenn Menschen älter werden, ändern sich die Bedürfnisse. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, braucht man nicht mehr so viel Platz. Andererseits möchten viele Menschen oft nicht aus dem Viertel wegziehen. Wir werden darum gemeinsam mit den großen Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften Modellprojekte entwickeln, die in bestehenden Quartieren neue, barrierefreie und für alle Einkommensgruppen bezahlbare Wohnungen schaffen und Bera-



tungs- und Vermittlungsarbeit leisten, um, wenn der Wunsch besteht, Möglichkeiten zu schaffen, die gegebenenfalls für die Bedarfe im Alter zu groß gewordene Wohnung zu verlassen und gleichzeitig im Viertel wohnen bleiben zu können. Auch neue Wohnformen und Initiativen wie generationenübergreifendes Wohnen wollen wir unterstützen. Wir wollen diese Maßnahmen flankieren mit einer seniorengerechten Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur und dem Erhalt von Nahversorgungsangeboten in den Standquartieren. Fußläufiges Einkaufen ist gerade für mobilitätsbeschränkte Seniorinnen und Senioren besonders wichtig.

Mehr Akteure für bezahlbares Wohnen

Preisgünstiger Wohnraum entsteht nicht von selbst. Wir werden deshalb das städtische Wohnungsunternehmen Wohn+Stadtbau stärken. Statt Vorgaben zu erhöhten Gewinnausschüttungen zu machen, wollen wir, dass die Wohn+Stadtbau noch stärker in die Schaffung von neuem, bezahlbarem Wohnraum investiert. Wir wollen zudem kritisch überprüfen, ob die Wohn- und Stadtbau über eine ausreichende Eigenkapitalausstattung verfügt, um die an sie gerichteten wohnungspolitischen Aufgaben zu erfüllen. Sollte dies nicht mehr ausreichend der Fall sein, werden wir entsprechend haushaltspolitisch gegensteuern und damit dafür garantieren, dass der Gesellschaft die Finanzmittel zur Verfügung stehen, die sie zur Schaffung preiswerten Wohnraums in Münster benötigt. Genossenschaften, die sich für preisgünstigen Wohnraum engagieren, sollen die Unterstützung der Stadt erhalten. Wo sich neue Genossenschaften zu diesem Zweck gründen, sollen sie von der Stadt die nötige Beratung und Förderung erhalten. Wir wollen einen Fonds für bezahlbares Wohnen in Münster gründen. Wer Geld für einen guten Zweck anlegen möchte, kann in diesen Fonds investieren. Mit den Mitteln werden dann neue Wohnungen errichtet, die preisgünstig sind und zugleich eine akzeptable Verzinsung bieten.

Lebenswerte und vielfältige Stadtviertel

Viele Menschen möchten gerne zentral wohnen. Das muss aber nicht immer die Innenstadt sein. Münster hat viele attraktive Stadtteile. Wir wollen auch dort nach Möglichkeiten für neue Wohngebiete suchen. Und wir werden die Stadtteilzentren stärken, für die nötige Infrastruktur und eine gute Verkehrsanbindung, insbesondere mit dem Fahrrad und dem öffentlichen Nahverkehr, sorgen. Wir wollen keine Ghettobildung, sondern vielfältige Stadtviertel – für Jung und Alt, für Alleinstehende und für Familien, für Menschen, die gut verdienen, und Menschen mit geringen Einkommen, für alt eingesessene wie für Zugezogene und Migrantinnen und Migranten. Dazu gehört auch, dass wir Flüchtlingen, die in Münster Schutz suchen, ein gutes Zuhause bieten.

Vor allem das Hafenviertel verändert sich rasant. Wir haben – auch gegen Widerstände – durchgesetzt, dass ein Hafenforum durchgeführt wurde, um möglichst viele Menschen an der Planung zu beteiligen. Wir werden dafür sorgen, dass viele Anregungen und Wünsche aus dem Hafen-Forum realisiert werden und damit die Veränderungen keine negativen Folgen haben. So haben wir schon jetzt in der Planung das Einzelhandelsvorhaben auf ein verträgliches Maß eingedämmt, und wir werden bei der Bebauung der ehemaligen OSMO-Flächen dafür Sorge tragen, dass die Hallen teilweise erhalten bleiben, dass bei dem Wohn-Projekt auf dem Hallengelände verbindliche Quoten für geförderten Wohnungsbau realisiert werden und eine vielfältige Architektur gesichert wird. Wir setzen uns für eine deutliche Überarbeitung der bisherigen Planungen ein, und wir werden insbesondere dafür Sorge tragen, dass für das Viertel ein Verkehrskonzept umgesetzt wird, das einen Verkehrskollaps verhindert.



Gut in Münster leben: Politik für Wirtschaft und Arbeit

Arbeit und ausreichende Qualifikation für alle, angemessener Wohlstand, soziale Sicherheit und eine auf Nachhaltigkeit gründende Lebensqualität sind für uns die wichtigsten Anliegen. Zu einer lebenswerten Stadt gehören gute Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten für alle Menschen. Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen hat daher oberste Priorität.

Dies hängt zu einem großen Teil von der Wirtschaft, von der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in unserer Stadt ab. Daher wollen wir das Wirtschaftsgeschehen aktiv begleiten und neue Impulse setzen, um so den Wirtschaftsstandort Münster weiter zu entwickeln. Wir schaffen und sichern hervorragende Rahmenbedingungen, und wir fördern Möglichkeiten für den Erhalt vorhandener und die Ansiedlung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze. Dabei steht unsere wirtschaftliche Strategie in Einklang mit der Struktur unserer Stadt und Region.

In unserer Wirtschaftspolitik hat die Förderung und Unterstützung ansässiger Unternehmen Vorrang vor der Ansiedlung neuer. Wir sehen in den kommenden Jahren folgende Notwendigkeiten für eine aktive Politik für den Wirtschaftsstandort und zukunftsfähige Arbeitsplätze:

- Viele Unternehmen werden, gerade in den Stadtteilzentren, Möglichkeiten benötigen, um an ihren Standorten zu expandieren. Der wirtschaftliche Erfolg vieler mittelständischer Unternehmen in unserer Stadt macht es nötig, auch eine Weiterentwicklung von Gewerbeflächen insbesondere in den Stadtteilen behutsam, aber konsequent voranzutreiben. Bei Bedarf werden wir rechtzeitig die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen prüfen.
- Ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort benötigt eine gute Verkehrsinfrastruktur. Priorität haben daher in den nächsten Jahren die Aktivierung der Bahnhaltepunkte in Meckenbeck und Roxel ebenso wie der Ausbau der Bahnstrecke von Münster nach Lünen Richtung Dortmund. Daneben wollen wir auch beim Abschluss des Ausbaus der B 51 (Umgehungsstraße bis zur Warendorfer Straße und weiter bis zum Schifffahrter Damm) zu Ergebnissen kommen. Diese Verkehrsprojekte müssen mit hoher Priorität auch auf übergeordneten politischen Ebenen vorangetrieben werden.
- Wir setzen uns für eine aktive Standortpolitik ein und kämpfen für den Erhalt sicherer und guter Arbeitsplätze in Münster – insbesondere auch bei der Provinzial Nordwest. Wir wollen notwendige Reformen unterstützen, aber wir werden uns auf allen politischen Ebenen für den Erhalt bestehender Arbeitsplätze und die Sicherung des Unternehmens- und Verwaltungsstandorts Münster einsetzen.
- Münster als Stadt der Wissenschaft besitzt mit den Hochschulen hervorragende Bedingungen, um Existenzgründungen und Start-ups zu fördern. Potenziale sehen wir auch in der Kreativwirtschaft. Die große Zahl an hochqualifizierten Absolventinnen und Absolventen schafft wirtschaftliche Chancen für neue Arbeitsplätze. Zur Förderung dieser Chancen werden wir ein Modellprojekt beginnen, mit dem wir Risikokapital an diejenigen vermitteln wollen, die eine Erfolg versprechende unternehmerische Idee haben, gerade wenn sie nur in kleinem Umfang Kapital zur Existenzgründung benötigen. Wir werden in diesem Zusammenhang verstärkt auch Fördermittel der EU einbeziehen, um hier bestehende Chancen stärker zu nutzen.
- Der Wissenstransfer muss durch die Zusammenführung der Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft mit den betrieblichen Akteuren intensiviert werden. Der Zugang zu den Forschungsergebnissen der Hochschulen und die branchenspezifische Qualifizierung von Arbeitskräften verlangen auch in Münster neue Arrangements der Verzah-



nung von Hochschulen mit der Wirtschaft sowie Kammern, Verbänden und kommunalen Akteuren.

- Unter den Bedingungen des demographischen Wandels wird sich der Wettbewerb von Wirtschaftsstandorten um die klügsten Köpfe in den nächsten Jahren eher verstärken. Bezahlbare Wohnungen, ein bedarfsdeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind daher auch zukunftsgerichtete Investitionen in den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Münster.
- Frauen gründen anders. In Münster bestehen bereits hervorragende Beratungsangebote für Frauen, die sich selbstständig machen wollen, wie etwa „Frauen und Beruf“. Diese werden wir auch weiterhin unterstützen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die spezifischen Anliegen von Existenzgründerinnen auch bei Beratung durch die Wirtschaftsförderung konsequent berücksichtigt werden.
- Zur positiven Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Münster kann und muss ein wirksames Standortmarketing wichtige Beiträge leisten. Hier muss die Wirtschaftsförderung eine noch stärkere verwaltungsübergreifende Querschnittsaufgabe wahrnehmen. Darüber hinaus streben wir eine bessere Koordinierung und Vernetzung aller Ämter und Bereiche, die sich um das städtische Marketing kümmern, an. Dadurch sind Synergieeffekte zu nutzen und eine effizientere Arbeit möglich. Mit benachbarten Städten und Kreisen müssen wir zu einer neuen Form der Kooperation finden und Marketingaktivitäten regional stärker abstimmen und bündeln.

Den Einzelhandel in Münsters Innenstadt stärken

Mit ihrem großen Einzugsgebiet ist Münsters Innenstadt Zugpferd des Einzelhandels und zugleich wichtiger Magnet für den Tourismus. Wir werden uns weiterhin für eine ausgewogene Entwicklung in der Stadtmitte einsetzen, eine Mischung aus inhabergeführten Geschäften, großen Kaufhäusern und Filialbetrieben. Nach den großen Flächenzuwächsen der Vergangenheit, durch den anhaltenden Trend zu Großbetriebsformen und durch die deutlichen Verschiebungen zugunsten des Internets im Einzelhandel wird es in der Innenstadt zukünftig darum gehen, auf dem erreichten Niveau eine Sicherung des Bestandes zu erreichen. Für die Entwicklung der Stadtteile halten wir eine wohnortnahe Versorgung mit guten und passenden Einkaufsmöglichkeiten für wichtig. Dabei setzen wir auf die Stärkung vorhandener Zentren – vorrangig in den Ortskernen – und sprechen uns gegen die Ansiedlung von neuen Einkaufszentren aus, die gewachsene und funktionierende Angebote in den Stadtteilen gefährden oder reine Wohngebiete stören. Die Citylage sowie die Stadtteile sind als Arbeits-, Lebens- und Wohnraum wieder zu entdecken. Ein gezieltes Stadtteilmanagement kann einen nachhaltigen Beitrag zur Belebung von Zentren und der Einzelhandelslandschaft leisten. Mit einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung, mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten für klein- und mittelständische Einzelhandelsbetriebe sowie Betriebe des Versorgungshandwerkes können Versorgungsengpässe in den Stadtteilen behoben werden. In der Innenstadt und in den Stadtteilzentren wollen wir bis 2020 ein flächendeckendes öffentliches WLAN-Netz realisieren. Die Breitband-Internetanbindung wollen wir systematisch verbessern. Darin sehen wir auch entscheidende Schritte für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung.

Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren – eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb



Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Wir werden uns daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden.

Wir haben in der zurückliegenden Wahlperiode im Rat entschieden, die Betreuung für diejenigen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen, in kommunaler Verantwortung selbst zu übernehmen. Damit ist eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik wieder möglich geworden. Die Zusammenarbeit zwischen den städtischen Ämtern und dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit soll intensiviert und verstetigt werden. Aktuelles Beispiel hierfür ist die Kooperation bei der Etablierung der Landesinitiative Schule – Beruf des Landes NRW „Kein Abschluss ohne Anschluss“, zum Übergang in das Berufsleben. Wir halten die aktive Betreuung von Menschen an den Schnittstellen von Schulen zum Beruf für eine zentrale Aufgabe, um Arbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Wir wollen, dass in Münster niemand ohne Ausbildungsplatz bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir eine neu organisierte Ausbildungsplatzinitiative starten, in der Stadt, Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften gemeinsam Verantwortung für ausreichende und gute Ausbildungsplätze in Münster übernehmen. Hierbei wollen wir endlich zu verbindlichen Vereinbarungen und Zielsetzungen der Beteiligten kommen.

Ein sozialer Arbeitsmarkt für Münster – eine Initiative für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

Wir haben uns für die Aufgaben einer Optionskommune entschieden, weil wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen wollen, die Zahl von Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt zu reduzieren. Es geht uns dabei vorrangig um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese Menschen nicht zurücklassen oder abschreiben. Deshalb werden wir in der kommenden Wahlperiode unter Beteiligung des Bundes über Mittel des Jobcenters einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteile dieses Angebots sind. Wir wollen mit diesem sozialen Arbeitsmarkt dafür sorgen, dass die trotz einer insgesamt verbesserten Beschäftigungssituation weiter hohe Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit reduziert wird. Im Mittelpunkt steht dabei die individuelle Förderung von Stärken und Kompetenzen. Mit einem entsprechenden Einsatz von Mitteln der Stadt und des Bundes wollen wir dafür sorgen, die Betroffenen allmählich wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen.

Das Jobcenter soll sich weiter zu einem Dienstleistungsunternehmen entwickeln, in dem die Interessen der Kundinnen und Kunden im Mittelpunkt stehen und nicht die Sanktionierung. Sanktionierungen sollen im Rahmen eines strukturierten Planes nur dann erfolgen, wenn sie für die Erreichung eines bestimmten Zieles unabdingbar sind – und nicht als behördlicher Automatismus. Das Ziel der bestmöglichen Förderung der Kundinnen und Kunden muss im Vordergrund eines neuen Qualitätsmanagementsystems stehen. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Weiterbildungsangebote müssen daher ebenfalls auf ihre Wirkung hin untersucht und dementsprechend eingerichtet werden. Hierfür werden alle zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene aktiv genutzt.

Es muss sichergestellt werden, dass niemand auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen



Entlohnung verwiesen wird. Die Vermittlung an Zeitarbeitsfirmen darf sich für die Kundinnen und Kunden des Jobcenters nicht einseitig negativ auswirken. Im Umgang mit verschiedenen Zielgruppen werden spezifische Konzepte entwickelt, die die Effizienz und Passgenauigkeit der Angebote sicherstellen. Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit wird der Bereich der aufsuchenden Jugendsozialarbeit vor Ort verstärkt, für den Bereich Münster Nord eine weitere Erwerbslosenberatungsstelle eingerichtet.

Frauen nach der Familienpause und insbesondere Alleinerziehende wollen wir mit gezielten Beratungsangeboten unterstützen. Durch ein gutes Betreuungsangebot wirken wir außerdem auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin. Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der Mittel für aktive Arbeitsförderung ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.

Gute Arbeit für alle

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartung einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen. Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist dies in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit. Wir wollen die Beratungsarbeit der Stadt Münster in diesem Bereich intensivieren.

Mit gutem Beispiel vorangehen: Die Stadt als Arbeitgeberin

Wir stehen für gerechte Löhne für gute Arbeit. Prekäre Arbeit wollen wir überwinden. Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Als sozialdemokratisch regierte Stadt kann Münster hier mit gutem Beispiel voran gehen.

Wir werden im Bereich der Stadt als Arbeitgeberin, auch bei den städtischen Unternehmen und den Institutionen, die kommunale Aufgaben im Auftrag übernehmen, das Normalarbeitsverhältnis stärken und die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen. Die Art der Beschäftigungsverhältnisse werden wir auch zum Bestandteil der zwischen Stadt und freien Trägern getroffenen Leistungsvereinbarungen machen. Auch hier muss der Grundsatz der gerechten Bezahlung für gute Arbeit gelten. Wir werden eine Berichterstattung über prekäre Beschäftigung in Münster einführen und dabei einen Fokus auf Leiharbeit, Werkverträge, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs legen. Im Rahmen des Einflussbereiches der Stadt muss für gleiche und gleichwertige Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden - die Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften ist dabei selbstverständlich. Wir werden insbesondere im Bereich des Offenen Ganztags die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt Münster reduzieren und durch eine neue Finanzformel prekären Beschäftigungsverhältnissen und prekären Honorarverträgen in diesem Bereich entgegenwirken, von denen vor allem Frauen betroffen sind. Wir halten weiter daran fest, dass bei städtischen Ausschreibungen soziale Mindeststandards der beauftragten Unternehmen eingehalten werden.



Aktive Gleichstellungspolitik auch bei den Arbeitsverhältnissen

Zur Vorbildrolle der Stadt gehört es auch, bei Gremienbesetzungen und bei der Besetzung städtischer Führungspositionen mit Hilfe einer Quote darauf zu achten, dass Frauen und Männer in gleichem Umfang beteiligt werden. Wir werden im Rahmen der Neuwahlen zum Verwaltungsvorstand dafür sorgen, dass eine paritätische Besetzung städtischer Führungspositionen gewährleistet wird – ebenso wie dies in den kommunalen Gremien auf politischer Seite Verpflichtung ist. Wir werden außerdem bei der Besetzung der Führungspositionen bei städtischen Gesellschaften dafür sorgen, dass auch hier Frauen und Männer gleichermaßen vertreten sind. Die Stadtwerke werden wir als ein Unternehmen, in dessen Führungsebene derzeit keine Frauen vertreten sind, dazu verpflichten, mit einem Aktionsplan für Gleichstellung gegenzusteuern und eine gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an Führungsaufgaben zu gewährleisten; dies gilt natürlich auch für den Aufsichtsrat, für den wir eine verbindliche Geschlechterquote festschreiben werden. Wir werden auch in den Bereichen der Verwaltung der Stadt, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zum Beispiel bei der Feuerwehr, dafür Sorge tragen, dass durch geeignete Regelungen auch hier der Zugang zu Arbeitsplätzen bei der Stadt geschlechtergerecht gestaltet wird. Wir werden mit neuen Initiativen dafür sorgen, dass im Bereich der Stadt Münster Männer und Frauen gleich bezahlt werden (Equal pay). Bestehende Benachteiligungen werden wir systematisch bekämpfen, die Stadt hat als Arbeitgeberin hier eine wichtige Rolle als Vorbild.

Anonymisierte Bewerbungsverfahren werden sicherstellen, dass sowohl bei der Stadt als auch bei den städtischen Unternehmen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Herkunftsland oder Religion minimiert werden.

Faire Arbeitsbedingungen bei der Stadt

Durch eine familienfreundliche Personalpolitik, flexible Arbeitszeitmodelle und Angebote zur Weiterqualifizierung auch während der Familienphase ermöglichen wir es jungen Familien, ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt Münster zu etablieren. Die neuen Möglichkeiten, die sich durch den technologischen Wandel vor allem im Bereich der Digitalisierung ergeben, werden bei der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse einbezogen. Dabei muss der Arbeitsschutz (u.a. hinsichtlich der Arbeitszeiten) angepasst werden.

Im Rahmen der Ausbildungsverhältnisse, die die Stadt anbietet, sollen Übernahmegarantien vereinbart werden, die es jungen Menschen ermöglichen, langfristig zu planen. Dies ist auch ein Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels in der Verwaltung. Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles schafft Unsicherheit. Wir werden den Missbrauch von Praktika bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

Die Stadt steht auch gegenüber schwerbehinderten Menschen in einer besonderen Verantwortung: Gute und barrierefreie Arbeit bei der Stadt wollen wir daher stärker als bislang fördern.

Soziale Benachteiligungen ausgleichen – Chancengleichheit bewirken

Der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft wollen wir auch auf kommunaler Ebene entgegen treten. Unsere Sozialpolitik ist daher an drei Grundprinzipien orientiert: Wir wollen allen Men-



schen in Münster eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, wir wollen vorhandene Benachteiligungen ausgleichen und es so allen ermöglichen, individuelle Lebenschancen zu verwirklichen, und wir wollen durch einen vorbeugenden Ansatz Benachteiligungen gar nicht erst entstehen lassen.

Gesellschaftliche Teilhabe verbessern

Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe auf allen Ebenen ermöglichen, unabhängig vom Geldbeutel und von der individuellen sozialen Lage. Dazu sind für uns in den nächsten Jahren folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

- Mit dem Münster-Pass haben wir ein umfassendes Instrument geschaffen, mit dem wir Mobilität sichern und den vergünstigten Zugang zu städtischen Angeboten sicherstellen – vom Sport bis zur Kultur. Wir wollen in den kommenden Jahren über die bestehenden Möglichkeiten hinaus versuchen, weitere, auch privatwirtschaftliche Angebote in das Leistungspaket des Münster-Passes zu integrieren. Wir setzen dabei auf das Interesse auch Privater, mit der Stadt gemeinsam am Ziel eines sozial gerechten Münster zu arbeiten.
- Wir werden die Institutionen der Selbsthilfe stärken und unterstützen. Dazu gehört für uns eine institutionelle und ausreichende Förderung z.B. der AIDS-Hilfe, aber auch aller anderen Organisationen, in denen Betroffene sich zusammenschließen und gegen Diskriminierung oder gesellschaftliche Benachteiligungen kämpfen.
- Wir wollen die Träger der Flüchtlingshilfe, insbesondere die GGUA, in ihrer Arbeit stärken und ihre Finanzierung langfristig ausreichend sicherstellen.
- Wir werden interkulturelle Begegnungsstätten unterstützen und die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen. Der kommunale Integrationsrat muss dabei eine wichtige Mittlerfunktion übernehmen.
- Wir verfolgen bei der Umsetzung der Ziele des Programms „Soziale Stadt“ ebenso wie bei anderen neuen Projekten grundsätzlich das Prinzip, dass die Betroffenen aktiv an den Entscheidungsprozessen mitwirken sollen.
- Eine Ombudsstelle für Patientinnen und Patienten wollen wir als Projekt auf den Weg bringen, wenn die Krankenkassen sich daran beteiligen.

Vorhandene Benachteiligungen ausgleichen

Damit Chancengleichheit als fundamentales gesellschaftliches Prinzip erreicht werden kann, müssen vorhandene Benachteiligungen ausgeglichen werden. Dazu setzen wir auf folgende Ideen:

- Wir werden einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der Inklusion mit Leben füllen: Inklusion soll zum leitenden Prinzip für alle Bereiche des städtischen Handelns werden.
- Wir werden bei der Gewährung von sozialen Hilfen in Zukunft verstärkt darauf achten, dass kultursensible Ansprachen erfolgen und unabhängig von sprachlichen oder kulturellen Hürden alle den gleichen Zugang zu öffentlichen Hilfsangeboten erhalten.
- Wir werden bei der Schaffung neuer Wohnungen Maßnahmen ergreifen, die eine „Ghettobildung“ und eine einseitige Sozialstruktur in einzelnen Stadtvierteln verhindern.
- Frauenhäuser sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Hilfe in Notsituationen, die wir bei Haushaltskonsolidierungsdiskussionen nicht in Frage stellen werden. Es muss sichergestellt sein, dass auch bei hoher Auslastung ein den Bedarfen entspre-



chendes Angebot nötigenfalls über zusätzliche Angebote sichergestellt ist. Ob langfristig ein fünftes Frauenhaus benötigt wird, ist zu prüfen. Die Beratungsstellen für Frauen müssen mit genügend Mitteln ausgestattet sein, um eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Arbeit gewährleisten zu können. Wir wollen ein städtisches Angebot etablieren, mit dem Frauen in Not nach ihrem Aufenthalt in einem Frauenhaus auch in sichere Wohnungen übersiedeln können.

- Barrierefreiheit ist für uns ein umfassendes Leitprinzip: Die räumliche Barrierefreiheit städtischer Einrichtungen sowie der Infrastruktur in unserer Stadt bleibt ein wichtiges Ziel. Wir werden bei allen Investitionsmaßnahmen im Sinne der Inklusion entsprechende Maßnahmen garantieren. Wir setzen aber auch auf Barrierefreiheit in der Kommunikation: Wir wollen mit einem Modellprojekt dafür sorgen, dass städtische Institutionen eine verständliche Sprache benutzen und so niemand an der Wahrnehmung seiner Rechte gehindert wird.
- Im Bereich der Gesundheitspolitik werden wir städtische Angebote verstärkt für benachteiligte Bevölkerungsgruppen öffnen.
- Wir werden z.B. klare Informationen über die Bezugsmöglichkeiten für die „Pille danach“ schaffen.
- Den Zugang zu Gesundheitsdiensten für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter werden wir erleichtern, indem wir uns unter anderem für eine Öffnung der Angebote des Gesundheitsamtes für diese Personengruppe einsetzen.
- Den Verbraucherschutz werden wir stärken, indem wir die Verbraucherzentrale und andere Träger weiter unterstützen. Wege aus der Überschuldung werden wir durch entsprechende Trägerangebote weiter fördern.
- Wir werden bei den Stadtwerken auf die Einführung eines Sozialtarifs für Energie hinwirken.
- Gesundheit bedeutet für uns mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit. Wer gesund leben will, braucht dazu gesunde Lebensbedingungen und Lebensumstände wie entsprechende Arbeitsplätze, Wohnungen und Infrastruktur. Daher wollen wir weiterhin Initiativen und Verbände unterstützen, die sich für den Erhalt und die Verbesserung von Gesundheit und Gesundheitsdienstleistungen in der Stadt einsetzen.

Wir alle sind Münster – Migrantinnen und Migranten gehören selbstverständlich dazu

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Belange von Menschen mit Migrationsvorgeschichte in der Stadtgesellschaft angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehören insbesondere eine spezifische Förderung im Bildungsbereich, die passgenaue Versorgung mit Wohnraum, die Zugangsberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung der politischen Partizipation.

Vorbeugende Sozialpolitik

Wir werden durch einen umfassenden Ansatz vorbeugender Sozialpolitik dafür sorgen, dass Benachteiligungen gar nicht erst entstehen. Dazu sind für uns folgende Instrumente von besonderer Bedeutung:

- Wir werden durch einen Ausbau von vorbeugender Familienarbeit (Familienzentren), von Sozialarbeit und gesundheitlicher Aufklärung in Kitas und Schulen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche den Zugang zu der Förderung erhalten, die sie brauchen. Dazu ist eine Fortführung der entsprechenden Bundesmittel eine zentrale Voraussetzung.



- Wir werden das kommunale Maßnahmenprogramm zur Kinderarmutsprävention, das wir in der zurückliegenden Wahlperiode geschaffen haben, überprüfen, ausbauen und stärken.
- Menschen sollen in ihren eigenen vier Wänden alt werden können. Wir wollen deswegen die städtische Beratung und die Koordination von Unterstützungsleistungen verbessern, um die Übersiedlung in stationäre Pflegeeinrichtungen vermeiden zu können. Ambulante Hilfen haben für uns grundsätzlich Priorität vor stationären Angeboten.
- Wir wollen städtische Hilfsangebote möglichst aus einer Hand erfolgen lassen, um so einen ganzheitlichen Ansatz der individuellen Hilfeplanung zu ermöglichen und um zugleich den Einsatz städtischer Ressourcen zu schonen. In einem Modellprojekt wollen wir daher erproben, wie ämter- und behördenübergreifend eine solche Koordination unterschiedlicher Hilfsangebote erfolgen kann, so dass auch möglichst der Entstehung langfristiger Benachteiligungen vorgebeugt werden kann.

Wir sind noch nicht fertig! – Gleichstellung von Frauen und Männern in Münster

Vor dem Gesetz sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Niemand darf aufgrund seines Geschlechtes in der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Nicht nur im Handeln, sondern auch im Denken der Menschen muss sich weiterhin etwas ändern, um zukünftig kein Geschlecht mehr zu diskriminieren. Leider gibt es immer noch zahlreiche Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, so etwa bei den Gehältern und Löhnen oder der Teilhabe am politischen Geschehen. Mit der Verabschiedung des ersten Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene hat die Stadt Münster einen wichtigen Schritt gemacht. Wir sehen uns mit einer langjährigen gleichstellungspolitischen Tradition in besonderer Pflicht, die Umsetzung dieses Aktionsplanes kritisch zu begleiten und aktiv mitzugestalten. Wir sehen Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe und berücksichtigen daher bei allen politischen Entscheidungen die Bedarfe von Männern und Frauen.

Wir sind der Ansicht, dass die Stadt Münster eine Vorreiterrolle im Bemühen um eine vorbildliche Gleichstellungspolitik innehat. Dieses Vorhaben beginnt dort, wo die Stadt Münster als Arbeitgeberin auftritt. Die Stadt kann hier als Vorbild wirken, indem wir mit einer verantwortungsvollen Gleichstellungsarbeit vorangehen, beispielsweise mit der Anpassung von Fortbildungsangeboten, insbesondere für Berufsrückkehrerinnen und der Förderung eines familienbewussten Führungsverhaltens in städtischen Ämtern. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen städtischen Veröffentlichungen sowie in der kommunalen Berichterstattung geschlechtergerecht formuliert wird. Im Fokus steht für uns auch die paritätische Besetzung von Gremien der Stadt und bei städtischen Unternehmen.

Um Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen, werden wir uns auch weiterhin für ein gutes Betreuungsangebot einsetzen. Maßnahmen zur Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit sind auch Existenzgründungs-, Wiedereinstiegs- und Orientierungsberatung. Bestehende Beratungsangebote werden wir weiter unterstützen.

Eine geschlechtergerechte Kommunalpolitik umfasst für uns auch die Ermittlung geschlechtsspezifischer Interessen und die darauf abgestimmte Bereitstellung von Angeboten in den Bereichen Kultur und Sport.

Die geschlechterspezifische Gewalt, der vor allem Frauen zum Opfer fallen, stellt eine grundlegende Verletzung der Menschenrechte dar. Die Gewährleistung von Sicherheit und die Unterstützung von Schutzräumen für Frauen sind uns daher ein besonderes Anliegen. Auch hier se-



hen wir es als unabdingbar an, das bestehende Beratungs- und Unterstützungsnetz der Stadt Münster weiterhin zu fördern. Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind, bieten wir ausreichend Kapazitäten in den Münsteraner Frauenhäusern.

Gleichstellung für alle

Wir bekämpfen aktiv jede Form der Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität. Verunglimpfung dieser Personengruppen hat in Münster keinen Platz. Wir setzen uns für eine bedingungslose und vollständige Gleichstellung ein.

Konkret werden wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Wir werden auch in Zukunft die überaus aktive und über Jahrzehnte gewachsene Infrastruktur im Rahmen einer aktiven „Queerpolitik“ fördern. Insbesondere im Bereich der Arbeit mit Jugendlichen und mit Seniorinnen und Senioren wollen wir die städtische Unterstützung ausbauen.
- Den vor einigen Jahren eingerichteten „Runden Tisch“ zur Queerpolitik wollen wir wieder aktiv begleiten und in unsere Politik aktiv mit einbeziehen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Arbeit der städtischen Antidiskriminierungsstelle neu ausrichten, um diese Ziele aktiv zu unterstützen.
- Einen Abbau von Barrieren bei städtischen Ämtern im Umgang mit Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Identität wollen wir durch die Initiierung einer gezielten Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreichen.
- Wir wollen einen aktiven Einsatz der Stadt Münster erreichen, um in einigen Partnerstädten auf einen diskriminierungsfreien Umgang mit Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Identität hinzuwirken.

Selbstbestimmt leben auch im Alter

Partizipation und Teilhabe sind auch im Alter unsere zentralen Ziele. Partizipation meint dabei das Einbezogen sein und Mitentscheiden über die Fragen, die Ältere direkt betreffen. Das bezieht nicht allein die vermeintlich klassischen Altersthemen Gesundheit, Pflege und Betreuung ein, sondern bezieht sich auf alle Bereiche, mit denen Bürgerinnen und Bürger in Berührung kommen. Auch die Verkehrs- und Planungs-, Kultur- und Bildungs-, Sozial- und Sportpolitik werden wir im Rat aus der Perspektive der älter werdenden Generation betrachten. Eine allen Ziel- und Altersgruppen gerechte städtische Angebotsvielfalt in den verschiedenen Bereichen ist unser Ziel.

Das Demografie-Leitbild der Stadt liefert für uns wichtige Leitlinien einer generationengerechten Stadtgestaltung, die auch den Anforderungen im Zuge des demografischen Wandels gerecht wird. Wir wollen den demografischen Wandel aktiv gestalten. Dazu zählt für uns eine Fortschreibung und gegebenenfalls weitere Konkretisierung der Handlungsempfehlungen des Leitbildes.

Wir wissen, dass Armut im Alter zunehmend auch in unserer Stadt gesellschaftliche Realität ist. Wir haben in der vergangenen Ratsperiode einen städtischen Bericht zur Altersarmut im Rat initiiert und ein Maßnahmenpaket gegen Armut im Alter aufgelegt. Das Berichtswesen werden wir kontinuierlich fortsetzen. Die erfolgten Maßnahmen werden wir intensiv auswerten und nötigenfalls durch weitere städtische Initiativen ergänzen. Dabei ist uns die Geschlechtergerechtigkeit der Angebote ein besonderes Anliegen. Mit unserer Unterstützung hat sich die Verbraucherberatungsstelle in einem Projekt der wachsenden Bedeutung des Themas Alters-



armut und so auch der steigenden Zahl älterer Menschen mit Beratungs- und Unterstützungsbedarf annehmen können. Dieses Angebot wollen wir verstetigen. Der von uns wieder eingeführte Münster-Pass muss auch für ältere Menschen in Münster Hürden im Zugang zu Angeboten der Stadtgesellschaft reduzieren. Wo dies noch nicht der Fall ist, wollen wir den Münster-Pass zielgruppengerecht ausbauen.

Wir sind stolz auf eine echte kommunale Seniorinnen- und Seniorenvertretung in Münster, die die Interessen der Älteren in unserer Stadt wirkungsvoll vertritt und zu einer wichtigen Ideengeberin in unserer Stadt geworden ist. Wir haben ihre Einrichtung immer unterstützt. Ihr wollen wir in der kommenden Ratsperiode mehr Gehör verschaffen. Partizipationsformen gerade auch für ältere Menschen wollen wir darüber hinaus auch in den Stadtteilen ausbauen. Zudem wollen wir den Dialog der Generationen fördern. Viele ältere Menschen sind auch im Ruhestand fähig und bereit, freiwillig ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Sie bringen dabei einen über Jahre gewonnenen Erfahrungsschatz ein. Wir möchten durch unsere Politik Anreize geben, dass ältere Menschen verstärkt ehrenamtlich Verantwortung übernehmen und sich aktiv einbringen.

Wohnortnahe Dialog- und Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren wollen wir erhalten und stärken. Da, wo es nötig ist, wollen wir sie weiter öffnen und damit zu mehr Teilhabe auch von älteren Menschen mit Migrationsvorgeschichte in Münster beitragen. Darüber hinaus wollen wir auch durch die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen in den Stadtteilen den generationenübergreifenden Dialog und Begegnungen der verschiedenen Altersgruppen unterstützen.

Wir stärken die Präventionsangebote für Ältere im Gesundheits- und Sozialbereich und wollen so frühzeitig nötige Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote der Stadt erreichen. Wenn Hilfe von Seiten der städtischen Ämter und Einrichtungen erforderlich ist, wollen wir sie einfach und unkompliziert zur Verfügung stellen. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner müssen klar und ohne Umwege erreichbar sein. Münster ist reich an vielfältigen freien Trägern mit ganz unterschiedlichen Angeboten der Wohlfahrtspflege. Wir werden bei der städtischen Unterstützung und Bezuschussung ihrer Arbeit auf ein ausgewogenes Verhältnis der Angebote für alle Generationen achten.

Wir wollen, dass ältere Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten so lange wie möglich selbstständig sein können. Um dies zu gewährleisten, wollen wir gezielt über Gesundheitsangebote informieren, die die Selbstständigkeit im Alter erleichtern. Unterstützungsangebote für Ältere sollen nach unserer Vorstellung möglichst aus einer Hand erfolgen. Wir wollen auch, dass zu pflegende Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben können. Dazu wollen wir mit einer verstärkten Information und Beratung über aufsuchende Pflegeangebote beitragen. Wir sehen die Stadt dabei auch in der Verantwortung, sowohl die Qualität ambulanter und stationärer Pflegeangebote, als aber auch die Arbeits- und Ausbildungssituation in Pflegeberufen dauerhaft kritisch im Blick zu haben, um mögliche Mangelzustände zu entschärfen, eine gute und gerechte Versorgung und Betreuung für Seniorinnen und Senioren zu gewährleisten und auch in Pflegeberufen gute Arbeit zu garantieren. Durch Modernisierungen von Wohnungen im Bestand wollen wir auch die nötigen baulichen Voraussetzungen für den Verbleib in der vertrauten Wohnumgebung schaffen. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ wollen wir fortführen und ihm die nötige städtische Unterstützung zukommen lassen. Zudem haben wir mit dem Belegungsmanagement im Amt für Wohnungswesen eine Stelle geschaffen, die ebenfalls zum Prinzip „ambulant vor stationär“ beiträgt. Ihre Arbeit werden wir weiter ausbauen. Dies kommt auch Menschen mit Behinderung zugute. Wir



wissen aber auch, dass manchmal hohe individuelle Hürden den nötigen Umzug in eine Pflegeeinrichtung erschweren. Auch in diesen Fällen wollen wir als Stadt mit Informationen und konkreten Hilfestellungen Unterstützung leisten.

In einer Stadt wie Münster mit einer bunten Mischung aus Alteingesessenen, Zugezogenen und Menschen mit Migrationsvorgeschichte wissen wir zudem um die Bedeutung kultursensibler Angebote auch für ältere Menschen. Dies betrifft nicht nur den Umgang in städtischen Einrichtungen und Ämtern, sondern ganz besonders auch das Miteinander, wenn Krankheit und Pflegebedürftigkeit Hilfe nötig machen. Wir wollen daher ein Programm zur kultursensiblen Pflege in Münster erarbeiten. Dabei setzen wir ganz bewusst auch auf die Einbeziehung der vielen verschiedenen Religions- und Kultusgemeinschaften in unserer Stadt.

Die Barrierefreiheit städtischer Einrichtungen, Angebote und des öffentlichen Raums in Münster ist uns ein besonderes Anliegen, weil sie einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe aller, unabhängig vom Alter und der körperlichen und geistigen Fitness leistet. Wir haben eine Inklusionsverträglichkeitsprüfung für alle städtischen Maßnahmen und Vorhaben initiiert, deren Ergebnisse wir bei unseren Entscheidungen in den Gremien sehr ernst nehmen. Ohne eine garantierte Barrierefreiheit werden wir künftig keine baulichen Maßnahmen in Münster durchführen. Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns der barrierefreie Umbau von Haltestellen, da wir die Mobilität Älterer durch barrierearme Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs fördern wollen. Zielgruppenspezifische tarifliche Angebote der Verkehrsbetriebe werden wir erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir berücksichtigen die Anliegen der Kommission zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) bei unseren Entscheidungen.

Stadtplanung: gemeinsam mit allen

Wir haben in Münster in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass möglichst viele Menschen sich mit ihren Ideen, Meinungen und Anregungen in der Stadtplanung beteiligen können. Ob im Hafen-Forum oder bei der Entwicklung der ehemaligen britischen Kasernenflächen. Wir haben dafür gesorgt, dass alle mitreden können. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Weg richtig ist. Eine Politik, die einseitig nur die Interessen derer, die investieren wollen, bedient, lehnen wir ab. Wir werden darum alle Interessierten bei unserer Stadtplanungspolitik weiterhin intensiv einbinden. Nicht nur bei Großprojekten, sondern auch für eine gelungene Stadtteilentwicklung wollen und werden wir die Menschen im Viertel intensiv beteiligen. In Kinderhaus haben wir für ein Stadtteilentwicklungskonzept gesorgt, das von den Kinderhausfrauen und Kinderhäusern in Planungswerkstätten erarbeitet wird. Die guten Erfahrungen damit wollen wir auch auf andere Stadtteile übertragen.

Gut in Münster leben: Mobil sein.

Damit Münster auch lebenswert bleibt, setzen wir bei der weiteren Verkehrsentwicklung auf eine nachhaltige, ökologische und stadtverträgliche Entwicklung. Denn wir möchten, dass die Menschen in Münster von starkem Verkehrslärm, von Abgasen und Umweltverschmutzung verschont werden. Wir machen eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Wir wissen, dass für viele Menschen das Auto unverzichtbar ist. Für den Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur werden wir sorgen. Die vorhandenen Parkhäuser wollen wir durch eine Modernisierung des Parkleitsystems besser auslasten und damit lange Schlangen vor den Einfahrten verhindern. Zugleich werden wir die umweltfreundlichen Verkehrsmittel so attraktiv machen, dass immer mehr Menschen sie nutzen.



Mobil mit dem Rad

Münster ist bundesweit an der Spitze als fahrradfreundliche Stadt. Jede Fahrt, die mit dem Rad und nicht mit dem Auto zurückgelegt wird, ist gut für unsere Stadt und die Umwelt. Der starke Anteil des Fahrrads steht aber heute in einem deutlichen Missverhältnis zu den Investitionen in dieses Verkehrsmittel. An einigen Stellen sind die Radwege zu schmal für die intensive Nutzung. Und leider gibt es immer noch Lücken im Radwegenetz. Ein steigender Anteil an Menschen, die E-Bikes, also Fahrräder mit unterstützendem Elektromotor nutzen, ist zu begrüßen, braucht aber auch die nötige Infrastruktur. Darum werden wir weiter in den Radwegebau investieren und an der Förderung des Fahrradverkehrs festhalten. Einige Beispiele:

- Wir wollen beispielhaft schnelle und bequeme Velo-Routen in die Stadtteile und Nachbargemeinden entwickeln.
- Damit alle ihr Fahrrad am Ziel gut abstellen können, braucht es mehr Fahrrad-Parkflächen, insbesondere in der Innenstadt. Bei Neubauten werden wir dies konsequent einfordern.
- Zudem wollen wir eine Radstation an der Bahnhofs-Ostseite realisieren.
- Die Verknüpfung von Rad und öffentlichem Nahverkehr werden wir durch mehr Fahrradständer an den Bushaltestellen verbessern.

Mobil mit Bus und Bahn

Damit Bus und Bahn noch besser genutzt werden können, machen wir uns dafür stark, dass Bus und Bahn in Münster noch attraktiver werden. Wir haben uns bei der Beratung des Nahverkehrsplans für die Stadt Münster dafür eingesetzt und werden nach der Wahl die Umsetzung von Verbesserungen forcieren. Dazu gehören für uns unter anderem die folgenden Punkte:

- Wir wollen, dass der Hauptbahnhof umgebaut wird und auf der West- und Ostseite attraktive Vorplätze erhält. Darin müssen eine funktionierende Vorfahrt und ein Fernbus-Halt integriert werden. Dafür halten wir an der Zusage fest, bis zu 5 Millionen Euro als städtischen Zuschuss zur Verfügung zu stellen.
- Wir stärken die Mobilität auf der Schiene. Wir wollen, dass der Schienenverkehr auf der Westfälischen Landeseisenbahn (WLE) reaktiviert wird. Wer in Wolbeck, Angelmodde und Gremmendorf wohnt, soll mit der WLE schnell und direkt in die Stadt fahren können. Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass auch die Kundinnen und Kunden, die nicht direkt an den Haltepunkten der WLE wohnen, optimal in den öffentlichen Personennahverkehr eingebunden bleiben. Eine reaktivierte WLE wird dafür sorgen, dass die Straßen deutlich vom Pkw-Verkehr entlastet werden, weil mehr Menschen aus Albersloh und Sendenhorst den Nahverkehr nutzen werden.
- Wir wollen eine schnelle Inbetriebnahme eines Bahnhaltepunkts in Roxel. Und wir werden die Deutsche Bahn nicht aus ihren Versprechungen entlassen, zügig für einen neuen Bahnhaltepunkt in Mecklenbeck zu sorgen.
- Wer in einem Außenstadtteil ohne Schienenanbindung wohnt, weiß, dass die Fahrtzeiten mit dem Bus in die Stadt mitunter recht lang werden können. Darum werden wir neue, schnelle Direktbusse in die Stadt prüfen.
- Für Stadtteile mit besonders großer Nachfrage wollen wir die Ausweitung des 10-Minuten-Taktes.
- Damit man auch von einem Stadtteil in den Nachbarstadtteil fahren kann, ohne in die Innenstadt zu müssen, wollen wir für eine Ringlinie und bedarfsgerechte Verbindungen



zwischen den Stadtteilen sorgen.

Der öffentliche Nahverkehr wird nicht nur mit dem Kauf einer Fahrkarte bezahlt. Einen großen Teil steuert die Stadt bei. Darum werden wir auch darauf achten, dass die Beschäftigten zu fairen Bedingungen beschäftigt sind und die Tarifbindung (TV-N) für alle Busfahrerinnen und Busfahrer auf Strecken im Stadtgebiet gilt.

Zur Mobilität gehört auch der Flughafen Münster-Osnabrück (FMO), den wir erhalten wollen. In den letzten Jahren ist der FMO, auch bedingt durch Veränderungen in der Luftverkehrswirtschaft insgesamt, in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Wir fordern von der Geschäftsführung des FMO eine grundlegende Überprüfung der bisherigen Geschäftsstrategie und die Entwicklung eines Geschäftsmodells bis 2015, das dauerhaft ohne kommunale Zuschüsse auskommt. Die jahrelange Fixierung auf die früher auch von uns vertretenen Pläne einer Startbahnverlängerung für interkontinentalen Flugverkehr hat zu der schwierigen Lage des FMO maßgeblich beigetragen. Daher braucht der FMO jetzt eine grundlegende Neuausrichtung seines Geschäftsmodells. Mit einer Kapitalerhöhung haben wir dem FMO bis 2015 Zeit verschafft, um diese Neuausrichtung konzeptionell vorzunehmen. Um die Stadtwerke Münster durch die wirtschaftliche Schieflage der Beteiligung FMO nicht zu gefährden, werden wir alle Schritte unterstützen, die die FMO-Beteiligung unter die direkte Kontrolle der Stadt Münster bringt.

Sicher mobil

Wir wollen die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen. Münster soll nicht länger Unfall-Hauptstadt sein. Darum haben wir das Maßnahmenpaket zur Verkehrsunfall-Prävention unterstützt und werden weiter daran festhalten, dass der Verkehr in Münster sicherer werden muss. Wir werden dafür sorgen, dass Fußgängerampeln angemessen geschaltet werden, um ein sicheres Überqueren der Straße, z.B. auch für ältere Menschen, zu ermöglichen. Für die Sicherheit ist es zudem wichtig, dass wir schrittweise unsere Straßenbeleuchtung modernisieren, um für eine angemessene Beleuchtung zu sorgen, die mit niedrigerem Energieverbrauch die Kosten senkt und die Umwelt schont. Das Thema Sicherheit und Schutzräume für Frauen ist uns ein besonderes Anliegen. Sicherheit beruht für uns nicht nur auf der Auswertung von Kriminalstatistiken. Wir betrachten Sicherheit als ein individuelles Gefühl, das anerkannt und sensibel behandelt werden sollte. Wir wollen das bestehende Beratungs- und Unterstützungsnetz der Stadt Münster weiterhin fördern. Wir werden deswegen in den kommenden Jahren die Entwicklung einer gezielten Kampagne für ein positives Sicherheitsgefühl in Münster anstoßen. Für sichere Mobilität in Münster sorgt derzeit das so genannte „FrauenNachtTaxi“. Wir unterstützen dies und sprechen uns dafür aus, diese Institution in der kommenden Zeit noch deutlicher „an die Frau zu bringen“.

Münster 2020 – atomstromfrei

Wir haben als zentrales umwelt- und Klimaschutzpolitisches Projekt in Münster den Atomausstieg auch auf lokaler Ebene vorangebracht. Bis zum Jahr 2020 soll Münster atomstromfrei werden. Das bedeutet: Der Stromverbrauch der Stadt Münster, also von allen Menschen und allen Unternehmen, soll komplett durch atomstromfreie Produktion gesichert werden. Dazu ist es von entscheidender Bedeutung, dass über das umweltfreundliche Stadtwerke-Kraftwerk im Hafen hinaus, das auf der Basis von Gas Strom produziert, massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert wird. Die Stadtwerke sollen in den kommenden Jahren ihren Anteil an regenerativer Energieerzeugung ausbauen, zugleich wollen wir auch private Investitionen in diesem Bereich fördern. Wir wollen, dass alle sich an der Finanzierung dieses Projekts beteiligen



können. Wir haben daher bei den Stadtwerken entsprechende Möglichkeiten auf den Weg gebracht, mit denen Bürgerinnen und Bürger aus Münster in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren können. Auf diesem Weg wollen wir weiter vorangehen. Das Projekt der atomstromfreien Stadt soll ein Projekt sein, an dem sich alle aktiv beteiligen können.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Im Rahmen des städtischen Klimaschutzkonzepts werden wir außerdem auch weiter alle unterstützen, die sich für Energieeinsparung und einen nachhaltigen Einsatz natürlicher Ressourcen engagieren. Das Altbau-Sanierungsprogramm unterstützt zum Beispiel dabei, das eigene Haus energetisch zu optimieren. Wir werden auch weiter Haushaltsmittel als kommunales Förderinstrument für diesen Zweck bereitstellen.

Wir wollen uns besonders für die sparsame Nutzung von Energie einsetzen und entsprechende Initiativen fördern und Beratungsangebote ausweiten. Wir wollen daher Möglichkeiten prüfen, ob mit einem Energiespar-Tarif der Stadtwerke Anreize geschaffen werden können, Energie einzusparen.

Insbesondere Menschen, die von staatlichen Leistungen leben, wohnen oft in schlecht gedämmten Wohnungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der Entscheidung des Jobcenters oder des Sozialamtes, ob Heizkosten angemessen übernommen werden, auch der energetische Zustand der Wohnräume ausreichend mit berücksichtigt wird. Und wir werden mit Beratungsangeboten dafür sorgen, dass auch Menschen mit geringen Einkommen Energie sparen können.

Wir werden nachhaltigen, ressourceneffizienten, umweltschonenden und abfallarmen Konsum sowie fairen Handel durch verbesserte Information und Kooperation mit Verbänden und Handel fördern. Die Stadt und die städtischen Unternehmen müssen dabei bei der eigenen Beschaffung mit gutem Beispiel voran gehen.

Das gilt auch für die Energienutzung. Wir werden das kommunale Energiemanagement deutlich verbessern. Die energetische Sanierung unserer öffentlichen Gebäude werden wir voran bringen. Neue öffentliche Gebäude werden hohe Standards erfüllen.

Wir möchten, dass alle attraktive Naherholungsgebiete nutzen können. Münsters Grünflächen, naturnahe Erholungsgebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete sollen darum erhalten und gesichert werden. Dies schließt einen verbesserten Fließgewässer-, Grundwasser- und Bodenschutz ein. An der Verbesserung der Wasserqualität von Aa und Aasee halten wir fest. Umweltschutz ist eine städtische Aufgabe. Wir brauchen aber auch die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger. Viele Menschen in Münster engagieren sich für eine gute und gesunde Umwelt. Die im Naturschutz tätigen Initiativen wollen wir weiter fördern. Mit Beratungsangeboten und Öffentlichkeitsarbeit werden wir für eine noch stärkere Sensibilität für Umwelt- und Ressourcenschutz sorgen. Wir verstehen Umweltschutz als Querschnittsaufgabe. Neben den hier aufgezählten Maßnahmen orientieren wir uns am Prinzip der Nachhaltigkeit auch in vielen anderen Bereichen, zum Beispiel in der Stadtplanung oder im Verkehr.

Lebenswertes Münster: Kulturstadt für alle

Alle Menschen sollen unabhängig von ihrem Alter, ihrer kulturellen Zugehörigkeit oder finanziellen Lage an dem kulturellen Leben in Münster teilnehmen können. Kultur ist ein wichtiger Motor für eine solidarische und offene Stadtgesellschaft. Kulturpolitik hat gerade in einer globalisierten Welt eine große Bedeutung. Besonders in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche, in der viele Menschen nach Orientierung suchen, verbindet Kultur Menschen, hält das Gemein-



wesen zusammen, schafft Identität und Stabilität.

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Die kulturellen Einrichtungen unserer Stadt müssen allen offen stehen. Gleichgültig, wie alt jemand ist, welche finanziellen Möglichkeiten jemand hat, wir wollen eine vielfältige, an den Interessen aller orientierte Kulturlandschaft in Münster fördern und allen ermöglichen, Münsters Kulturangebot zu genießen. Kultur für alle bedeutet aber auch für uns, auch all denen die kulturellen Angebote unserer Stadt nahe zu bringen, die bisher den Weg hierzu noch nicht gefunden haben.

Wir sehen in dem breiten und vielfältigen Kulturangebot Münsters ein hohes Maß an Lebensqualität und Einzigartigkeit Münsters. Deswegen wollen wir unsere Kultureinrichtungen und Kulturangebote weiterhin und dauerhaft stärken:

- Wir werden den Kulturschaffenden und –einrichtungen unter Berücksichtigung qualitativer Standards Stetigkeit und Verlässlichkeit für ihre Arbeit bieten. Dazu wollen wir unter Beteiligung aller im Kulturleben Engagierten einen Kulturentwicklungsplan erarbeiten.
- Wir garantieren eine vielfältige Theaterkultur in Münster. Dazu gehört, dass wir auch in Zukunft alle Sparten am Theater Münster erhalten und dieses zum „Theater der Region“ machen wollen. Für uns ist ebenso wichtig, dass neben dem Stadttheater auch noch weitere freie Theater wie das Theater Pumpenhaus und das Wolfgang-Borchert-Theater arbeiten können. Daher werden wir auch dauerhaft diese Theater absichern.
- Zu einer vielfältigen Kulturlandschaft gehört auch die so genannte „freie Szene“ von alternativen und kreativen Kulturschaffenden und -projekten. Diese Szene hat durch Ungebundenheit und Spontaneität eine besondere Funktion in der Stadt und sie gilt es dauerhaft zu erhalten. Wir wollen dafür sorgen, dass freie Künstlerinnen und Künstler in unserer Stadt Unterstützung erhalten. Nach etlichen Kürzungen und Nullrunden in den vergangenen Jahren werden wir die freie Szene in Münster stärken, indem wir die städtische Infrastruktur für die freie Szene z.B. durch eine Stärkung des Pumpenhauses weiter ausbauen und zusätzlich die Projektmittel der Kulturförderung für die freie Szene erhöhen.
- Wir wollen Münster als Medienstandort stärken. Der Umgang mit neuen Medien muss allen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein. Daher wollen wir dafür sorgen, dass die offenen Medien und Kanäle weiterhin die Möglichkeit haben, attraktive und interessante Medienangebote zu schaffen. Ein Schwerpunkt sollen hier Angebote für ältere Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte sein.
- Die Stadtbücherei mit ihren Zweigstellen in den Stadtteilen ist für uns eine der wichtigsten städtischen Kultureinrichtungen. Sie wollen wir auch zukünftig als attraktiven Ort der Medien, Kultur, Bildung und des Austausches erhalten. Daher unterstützen wir die Stadtbücherei bei ihren Modernisierungsvorhaben. Wir werden zudem die städtischen Büchereien in den Stadtteilen erhalten.
- Für uns gehört das Stadtfest mit seinen Musikevents, seinen Ausstellungs- und Bewirtungsständen als Treffpunkt für Jung und Alt, für alle Münsteranerinnen und Münsteraner und Auswärtige zu unserer Stadt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass Münster wieder ein Stadtfest erhält.
- Ebenso wie das Stadtfest ist für uns auch der Flohmarkt auf der Promenade ein fester Bestandteil von Münsters vielfältiger Kulturlandschaft. Wir haben uns in der Vergangenheit klar hinter den Flohmarkt und auch den Nachtflohmarkt gestellt. Diesen wer-



den wir mit seinem besonderen Charakter erhalten.

- Zur kulturellen Vielfalt in Münster zählt für uns auch der Karneval mit seiner breiten Karnevalsszene und den vielen ehrenamtlich Engagierten. Der Rosenmontagszug besitzt nicht nur Anziehungskraft bis weit in die Region hinein, sondern ist auch für viele tausend Münsteranerinnen und Münsteraner, Familien und Kinder ein alljährliches Event. Wir stehen zur städtischen Unterstützung des Rosenmontagszuges.
- Inklusion ist für uns auch ein zentrales Ziel der Kulturpolitik. Wir wollen auch unsere Kultureinrichtungen barrierefrei gestalten und so allen die Teilhabe an Münsters Kulturleben ermöglichen.

Wir wollen, dass Münster auch über die Grenzen unserer Stadt als international anerkannter Kulturstandort weiterentwickelt wird:

- Die alle zehn Jahre stattfindende Skulpturenausstellung soll auch weiterhin in Münster ihren festen Platz haben. Wir werden gemeinsam mit Land und Landschaftsverband die Ausstellung für das Jahr 2017 finanziell absichern.
- Wir stehen zu unseren Tanztheatern. Die kreative Spannung zwischen dem Tanztheater und der im Pumpenhaus gastierenden, internationalen Tanzszene ist in dieser Form landesweit einmalig und verdient eine besondere Unterstützung.
- Münster ist Literaturstadt. Wir werden das literarische Potential unserer Stadt aktiv nutzen. Das internationale Lyrikertreffen wollen wir aufwerten und den alle zwei Jahre zu vergebenden Preis für Internationale Poesie aufwerten.

Wir setzen uns nicht nur für die Vielfalt der Kulturlandschaft in Münster ein, sondern wir wollen auch Kultur für alle stärken:

- Der Zugang zu kultureller Bildung wird immer noch wesentlich durch die soziale Herkunft bestimmt. Daher wollen wir jedem Kind und allen Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft die Teilhabe am kulturellen Bildungsangebot ermöglichen. Für uns gehört dazu auch, außerschulische Lernorte wie die Villa ten Hompel und das Stadtarchiv in ihren Angeboten zu unterstützen.
- Die Zuwanderung von Menschen erfordert gegenseitige Toleranz, Aufeinanderzugehen und ein hohes Maß an gegenseitiger Integrationsbereitschaft. Wir sehen daher im interkulturellen Dialog ein zentrales Handlungsfeld der Integrationsarbeit.
- Münster ist Hochschulstadt mit weit über 50.000 Studierenden, die zu sozialverträglichen Preisen am kulturellen Leben in ihrer neuen Heimat teilnehmen können sollen. Daher versuchen wir, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen ein „Kultursemesterticket“ zu entwickeln, das kostengünstige Angebote zu kulturellen Einrichtungen ermöglicht. Wir wollen zudem prüfen, ob sich solche Angebote auch für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende verwirklichen, oder bestehende Angebote verbessern lassen.
- Durch Zuwanderung und die demographische Entwicklung werden kulturelle Angebote vor neue Herausforderungen gestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es für alle Zielgruppen interessante Angebote nicht nur an zentralen Orten, sondern auch in den Stadtteilen gibt.
- Den Erhalt eines Ausstellungsraums für die Präsentation von Kunst im Zentrum der Innenstadt halten wir für unverzichtbar.
- Spezifische kulturelle Angebote für Mädchen und Frauen unterstützen wir ebenso wie Kulturangebote der Stadt, die sich speziell mit dem Thema Gleichstellung beschäftigen (z.B. im Stadtmuseum).



Münster als europäische Friedenskulturstadt

Münster ist als Stadt des Westfälischen Friedens eine europäische Friedenskulturstadt. Diesen Aspekt wollen wir noch stärker hervorheben, indem wir Münster als Ort internationaler Begegnung stärken, eine aktive Erinnerungskultur fördern und eine Kultur des Dialogs pflegen. Hierzu gehört für uns eine enge Zusammenarbeit der städtischen Einrichtungen mit den zahlreichen und vielfältigen zivilgesellschaftlichen Friedensgruppen und die Unterstützung der bereits bestehenden friedenskulturellen Initiativen wie beispielsweise der „Dialoge für den Frieden“, des Friedensmahls und des Zusammenschlusses „Mayors for Peace“.

Wir werden, auch und gerade angesichts der Tatsache, dass Münster in den vergangenen Jahren mehrfach zum Aufmarschplatz für Nazis geworden ist, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Nazismus auch auf kommunaler Ebene entschlossen weiter führen. Die Menschen in Münster haben mit großen Gegendemonstrationen mehrfach gezeigt, dass für Faschismus und Nazismus kein Platz in unserer Stadt ist. Wir werden weiterhin die Arbeit der Villa ten Hompel und von „mobim“ fördern, um historisch-politische Bildungsarbeit und Aufklärung gegen Rechtsextremismus auch auf der kommunalen Ebene voranzutreiben.

Sportstadt Münster: Aktiv und gesund.

Münster ist eine Stadt mit einem umfassenden und vielfältigen Sportangebot: Für viele Menschen gehört Sport zu ihrem Leben, sie betreiben ihn individuell oder in Vereinen. Sie sind sportlich und bewegungsaktiv. Sie laufen, walken, reiten, spielen Fußball, schwimmen, fahren Rad und noch vieles mehr. Wir wollen allen, ob jung oder alt, männlich oder weiblich, eine ihren Interessen und Bewegungswünschen entsprechende Teilnahme an sportlichen Aktivitäten ermöglichen. Sport verbindet, Sport integriert und bringt viele Menschen zusammen. Sport erzieht und bildet. Und Sport bringt Gesundheit, Lebensfreude und macht Spaß. Wir setzen auf Breitensport, und wir fördern auch den Leistungssport in Münster. Die Sportvereine in Münster werden wir in ihrer ehrenamtlichen Arbeit politisch unterstützen, und wir stehen für eine Kontinuität in der Vereinsförderung.

Ein Zwanzig-Millionen-Investitionspaket für den Sport in Münster

Wir wollen, dass Münster als Sportstadt noch attraktiver wird. Daher werden wir in den nächsten Jahren ein 20 Millionen-Euro-Investitionspaket für die Sportanlagen in unserer Stadt auflegen. Damit wollen wir insbesondere folgende Maßnahmen finanzieren:

- Wir werden bestehende Sportanlagen modernisieren. Dazu gehören attraktivere Sportmöglichkeiten wie Kunstrasenplätze ebenso wie energiesparende und umweltschonende Sanierungen, um so langfristig den Energieverbrauch und damit auch die Kostenbelastung der Stadt und Vereine zu reduzieren.
- Wir werden in der Innenstadt eine neue Dreifachsporthalle für den Schul- und Vereinssport errichten. Die Situation für den Schulsport an der Erich-Klausener-Schule und am Annette-Gymnasium wollen wir damit endlich durchgreifend verbessern. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, die Außensportanlagen in der Innenstadt zu erweitern, um den großen Bedarf der Bevölkerung und des Schul- und Vereinssports gerecht zu werden.
- Wir werden den Bau der neuen Sportanlage in Handorf sehr zügig vorantreiben, um auch in diesem Stadtteil die Sportmöglichkeiten zu verbessern. Am jetzigen Vereinsstandort werden wir neuen Wohnraum schaffen und so die Maßnahme auch teilweise gegenfinanzieren.



Darüber hinaus werden wir uns bei der Entwicklung neuer Wohngebiete oder dem Ausbau vorhandener Gebiete dafür einsetzen, dass Sportflächen bei der Planung sofort mit berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere für die Konversionsflächen der ehemaligen britischen Kasernen.

Da sportliche Bewegung aber nicht an klassische Sportstätten gebunden ist, wollen wir auch allgemein zugängliche Bewegungsräume erschließen und die vorhandenen erhalten. Für ein sportgerechtes und bewegungsfreundliches Umfeld ist es notwendig, öffentliche Freiflächen in stärkerem Maße für Sport- und Freizeitaktivitäten zu nutzen.

Schwimmen und Baden in Münster muss attraktiver werden

Eine deutliche Verbesserung wollen wir auch weiterhin für das Schwimmen und Baden in Münster erreichen. Die Bäderlandschaft muss sich in Zukunft stärker an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer ausrichten. Das von der früheren schwarz-gelben Ratsmehrheit verordnete Kürzungsprogramm ist gescheitert, und die negativen Auswirkungen müssen abgestellt werden. Die einzelnen Standorte müssen abwechslungsreiche und unterschiedliche Profile gewinnen – nicht jedes Bad soll gleich aussehen. Die Zeiten, an denen die Bäder für die gesamte Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, müssen verbessert werden. Außerdem wollen wir zusätzliche attraktive Angebote für bestimmte Zielgruppen wie Kinder, Jugendliche, Frauen und ältere Menschen schaffen. Wir werden uns für den Erhalt und die Erweiterung von bestehenden Angeboten, wie zum Beispiel das Frauenschwimmen, einsetzen. Wir sprechen uns dafür aus, einen solchen Bedarf zu ermitteln und Frauen diese Räume gegebenenfalls zu passenden Uhrzeiten und an passenden Orten zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen auch weiterhin ein neues Südbad bauen. Bei der Realisierung durch Private werden wir darauf drängen, dass das Schwimmbad für die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Viertel attraktiv und für Schul- und Sportschwimmen besonders geeignet ist.

Verantwortung übernehmen wir auch für das Hallenbad in Handorf, das die Schwimmzeiten für Schulen, Kindergärten, Vereine und für die Bevölkerung in Münsters Osten abdeckt. Den Betreiberverein werden wir in seinem bürgerschaftlichen Engagement unterstützen und dafür sorgen, dass notwendige Sanierungsmaßnahmen getätigt werden und das Bad erhalten bleibt.

Neue Angebote: Sport muss allen möglich sein

Wir wollen noch mehr Menschen für Sport begeistern und dafür im Dialog mit den Beteiligten neue Angebote schaffen: Mit neuen niedrigschwelligen zielgruppenspezifischen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien wollen wir Interesse für den Sport wecken. Dazu gehört es, Raumkapazitäten zur Verfügung zu stellen, z.B. durch die Öffnung von einzelnen Sporthallen in den Ferien über den bisherigen Umfang hinaus und für „Nachtevents“, die Öffnung von Sporthallen für Jugendzentren oder gezielte Sportangebote für Familien in auslastungsschwachen Zeiten. Wir wollen der demographischen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in den nächsten Jahren schon frühzeitig Rechnung tragen. Gemeinsam mit Vereinen, Krankenkassen, Stadtsportbund und anderen Trägern wollen wir für einen stärkeren Ausbau der bisherigen gesundheitsorientierten Angebote für Seniorinnen und Senioren sorgen.

Den Leistungssport in Münster aktiv fördern – eine neue Tribüne für das Preußenstadion

Die große Zahl von Fans und Anhängern, die regelmäßig die Spiele des SC Preußen 06 im Preußenstadion, die Volleyballwettkämpfe des USC in der Sporthalle Berg Fidel oder auch die jähr-



lich wiederkehrenden Reitturniere in der Halle Münsterland besuchen, zeigt unter anderem, wie stark das Bedürfnis nach Spitzensport in Münster ist. Wir wollen daher auch im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten den Spitzensport fördern. Wir stehen zum Spitzensport und sehen in der Förderung des Breiten- und Leistungssports keinen Gegensatz, sondern eine notwendige Ergänzung. Wir werden deswegen die Sanierung des Preußenstadions entschlossen weiter vorantreiben. Nach jahrelangem Stillstand ist die grundlegende Sanierung von uns begonnen worden. Wir wollen eine weitere Verbesserung vor allem durch den Bau einer überdachten Sitzplatztribüne in der Westkurve des Stadions erreichen. Wir werden diese Tribüne deswegen, sobald die baurechtliche Machbarkeit gesichert ist, in städtischer Verantwortung errichten. Wir erwarten im Gegenzug, dass der SC Preußen Münster für die Nutzung der neuen Tribüne einen kostendeckenden Mietvertrag abschließt. Den Sanierungsstau im Stadion werden wir weiterhin Schritt für Schritt abbauen. Spätestens 2020 soll das gesamte Stadion grundsaniert sein. Nur so wird die Stadt dann auch wieder ihrer Rolle als Eigentümerin gerecht. Wir werden bei der Förderung des Leistungssports auch vorhandene Ansätze z.B. im Volleyball, in der Leichtathletik und beim Schwimmen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten fördern. Auch heute noch wird im Leistungssport häufig der Fokus allein auf die Leistungen der Männer gelegt. Mit der ersten Damenmannschaft des USC, Spitzensportlerinnen in der Leichtathletik und im Reiten kann Münster hervorragende Vertreterinnen des Leistungssports der Frauen aufweisen. Das sollte zukünftig noch stärker herausgestellt werden.

Die NRW-Sportschule am Pascal-Gymnasium und des damit verbundenen Internats für junge Leistungssportlerinnen und Leistungssportler ist ein zentraler Baustein für die Förderung des Leistungssportes in unserer Stadt. In ihr sehen wir gute Ansätze, den Leistungssport in unserer Stadt erfolgreich zu entwickeln. Die Sportschule, aber insbesondere das Internat werden wir daher weiter unterstützen.

Münster – die Zukunft liegt für uns in Europa

Zeitgleich mit der Kommunalwahl findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Auch wenn Münster, Brüssel und Straßburg weit auseinander zu liegen scheinen, so spielt Europa in der Stadt und in der kommunalen Politik jedoch eine wichtige Rolle. Nicht nur ist Münster gemeinsam mit Osnabrück die Stadt des Westfälischen Friedens und daher zentraler Ort der gemeinsamen europäischen Geschichte. Auch politisch sind Kommunal- und Europapolitik eng miteinander verflochten. Europäische Regelungen bei Beihilferichtlinien, Ausschreibungspflichten oder Umweltauflagen betreffen die Kommune direkt. Gleichzeitig kann sie z.B. über die Strukturfonds und andere Programme direkt von Europa profitieren.

Wir stehen für ein soziales Europa, das nicht alle Lebensbereiche dem Markt unterordnet. So haben wir klar Stellung bezogen gegen die zuletzt diskutierte Privatisierung der Wasserversorgung in Europa. Wir stehen für eine europäische Politik, die die starke Stellung der Kommune als die zentrale Akteurin der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht infrage stellt. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen sich nicht allein an Gewinnerwartungen orientieren, sondern müssen vielmehr nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden. Privatisierungen in diesem Bereich sind mit uns daher nicht zu machen. Dienstleistungen der Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen dürfen nicht dem Wettbewerbsprinzip des Marktes untergeordnet werden. Das gilt für uns kommunal- sowie europapolitisch.



Europa in Münster erlebbar machen

Mit dem Euro, dem Wegfall von Grenzkontrollen, der Freizügigkeit im Berufsleben sowie der langen Friedensphase sind die Vorzüge Europas für die Menschen praktisch spürbar. Wir wollen Europa aber noch stärker erlebbar machen. Neben materiellen sind es auch ideelle Werte, die für das Zusammenwachsen der Menschen in Europa bedeutsam sind. Diese zu stärken, verstehen wir auch als kommunale Aufgabe.

So bietet die internationale Vernetzung europäischer Kommunen langfristig die Möglichkeit, ein stärkeres Interesse für europäische Themen bei Bürgerinnen und Bürgern zu wecken und europaskeptischen Haltungen zu begegnen. Eine Internationalisierung des städtischen Lebens bietet die Chance, Vorurteile und Ressentiments zu überwinden und die interkulturellen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Handelnden in Politik und Verwaltung zu stärken. Nur so kann Europa zusammenwachsen. Einen Beitrag zum Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft und der Festigung der Demokratie in Europa zu leisten, liegt nicht nur vor dem Hintergrund des Westfälischen Friedens im ureigenen Interesse der Stadt Münster, sondern ist auch eines unserer Kernanliegen, da wir uns immer als europäische Partei verstanden haben.

Europa auch in Münster erlebbar zu machen, bedeutet für uns unter anderem, dass wir Europa zu einem selbstverständlichen Bestandteil der städtischen Bildungsangebote machen wollen. Internationalisierte Bildungsgänge und Schulabschlüsse müssen in allen Schulen Münsters angeboten werden. Umgekehrt wollen wir die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen in Münster verbessern. Ein vielfältiges Kursangebot für Sprachen und interkulturelle Kompetenzen bei der zentralen städtischen Weiterbildungsinstitution Volkshochschule gehört für uns ebenso zum Konzept einer europäischen Stadt wie eine vielfältige Kulturlandschaft, in der Europa nicht nur thematisiert wird, sondern die auch von europäischen Künstlerinnen und Künstlern mit ihren Programmen bereichert wird. Den Austausch der gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen wollen wir als Stadt durch den engen Kontakt mit unseren Partnerstädten fördern. Schülerinnen- und Schüleraustausche, europäische Kontakte von Sportvereinen, Kulturschaffenden und der vielen engagierten Partnerschaftsvereine werden wir intensiv unterstützen.

Münsters Europakompetenz stärken

Über 80% der europäischen Gesetzgebung hat Einfluss auf die Kommunen. Die Stadt Münster ist daher gut beraten, sich mit dem Thema Europa zu beschäftigen, die europäischen Entscheidungen lokal zu integrieren und Wege der Einflussnahme zu erschließen, damit örtliche Interessen in der europäischen Rechtssetzung berücksichtigt werden. Die Stadt Münster ist Mitglied in den Netzwerken „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ RGRE (seit 2004), „EURO-CITIES“ (seit 1999) sowie EUREGIO (1999). In diesen Gremien werden viele elementare Politikbereiche, wie die Daseinsvorsorge, Bürgerbeteiligung, Integration und Soziales, sowie kommunale Partnerschaften und Stadtentwicklung, über die Landesgrenzen hinaus abgestimmt. Beispielsweise wurden mit dem EUREGIO Planungsprojekt für eine integrierte grenzüberschreitende Energienutzung, „KlimaEnergie 2020“, oder der Einführung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene der RGRE, wichtige Beiträge hin zu einer gemeinsamen europäischen Stadtgesellschaft geleistet. Wir wollen die europäische und regionale Zusammenarbeit in diesen Netzwerken weiter ausbauen. Die bisherigen Aktivitäten der Stadt Münster in Bezug auf Europa finden bisher überwiegend ohne Beteiligung oder Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger statt. Hier besteht aus unserer Sicht Handlungsbedarf, denn Europa lebt nur mit und für die Bürgerinnen und Bürger. Daher wollen wir Münsters Europakompetenz durch eine Reihe von Maßnahmen zielstrebig wei-



ter ausbauen. Dazu gehört für uns die aktive Mitarbeit in RGRE, EUROCITIES und EUREGIO mit dem Ziel, kommunale Interessen gegenüber der EU zu vertreten sowie Partnerschaften und Kooperationen zu nutzen, um voneinander zu lernen.

Wir wollen die Verwaltung fit machen für Europa durch Aus- und Fortbildung zum Thema Europa, Kenntnis der europarechtlichen Grundlagen und der Entscheidungsverfahren und Schulungen in interkultureller Kompetenz, z.B. durch Hospitationen in Partnerstädten, um unterschiedliche Mentalitäten und Kulturen kennen und einschätzen zu lernen. Wir wollen die Vermittlung von Europa betreffenden Informationen an Vereine und Institutionen intensivieren, um deren Arbeit zu unterstützen und einen Beitrag zur Vernetzung der Zivilgesellschaft zu leisten. Wir wollen, dass sich die Stadt Münster stärker mit anderen in der Europaarbeit involvierten Institutionen wie Hochschulen, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen vernetzt und mit ihnen kooperiert. Und wir wollen Förder- und Projektmittel stärker als bislang in den verschiedenen Bereichen, ob in der Bildung, der Kultur, dem Sport, dem Sozialbereich, der Wirtschafts- und Technologieförderung, einwerben, um auch so einen Beitrag zur stärkeren Erlebbarkeit Europas in Münster zu leisten.

Für all diese Aufgaben sehen wir die Notwendigkeit klarer Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die sich auch in der Verwaltungsstruktur bemerkbar machen muss, um die europäischen Aktivitäten Münsters zu koordinieren, die Kommunikation über kommunalrelevante europäische Entscheidungen von der Stadt auf die europapolitische Ebene und umgekehrt, von der europäischen Ebene in die Stadt hinein zu verbessern, und die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt über ihre Aktivitäten im europäischen Kontext zu intensivieren.

Wir sind davon überzeugt, dass sich so wichtige Beiträge für die Erlebbarkeit Europas und die Europakompetenz der Stadt ergeben, die sich zum Wohle aller sowohl ideell als auch materiell auszahlen.

Am 25. Mai entscheiden – für ein soziales Münster in einem sozialen Europa

Mit diesem Programm legen wir unsere Ideen für die Politik in Münster in den kommenden sechs Jahren bis 2020 vor. Am 25. Mai fällt die Entscheidung, ob in Münster auch weiter eine soziale und gerechte Politik gemacht wird. Nach fünf Jahren schwarz-gelber Kürzungspolitik haben wir die Weichen seit 2009 anders gestellt. Am 25. Mai geht es um eine echte Mehrheit für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Wir stehen für diese Politik. Wir wollen diese Politik zusammen mit anderen Kräften im Rat durchsetzen. Unsere ersten Ansprechpartnerinnen und -partner sind dabei die Politikerinnen und Politiker von Bündnis 90/DIE GRÜNEN/GAL. Eine Koalition mit der CDU im Rat schließen wir dagegen auch weiterhin aus. Wir streben eine klare und handlungsfähige Mehrheit für eine soziale und gerechte Politik in Münster an – Münster braucht eine starke SPD im Rathaus.

Am 23. November 2013 einstimmig
durch den Parteitag beschlossen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Münster

